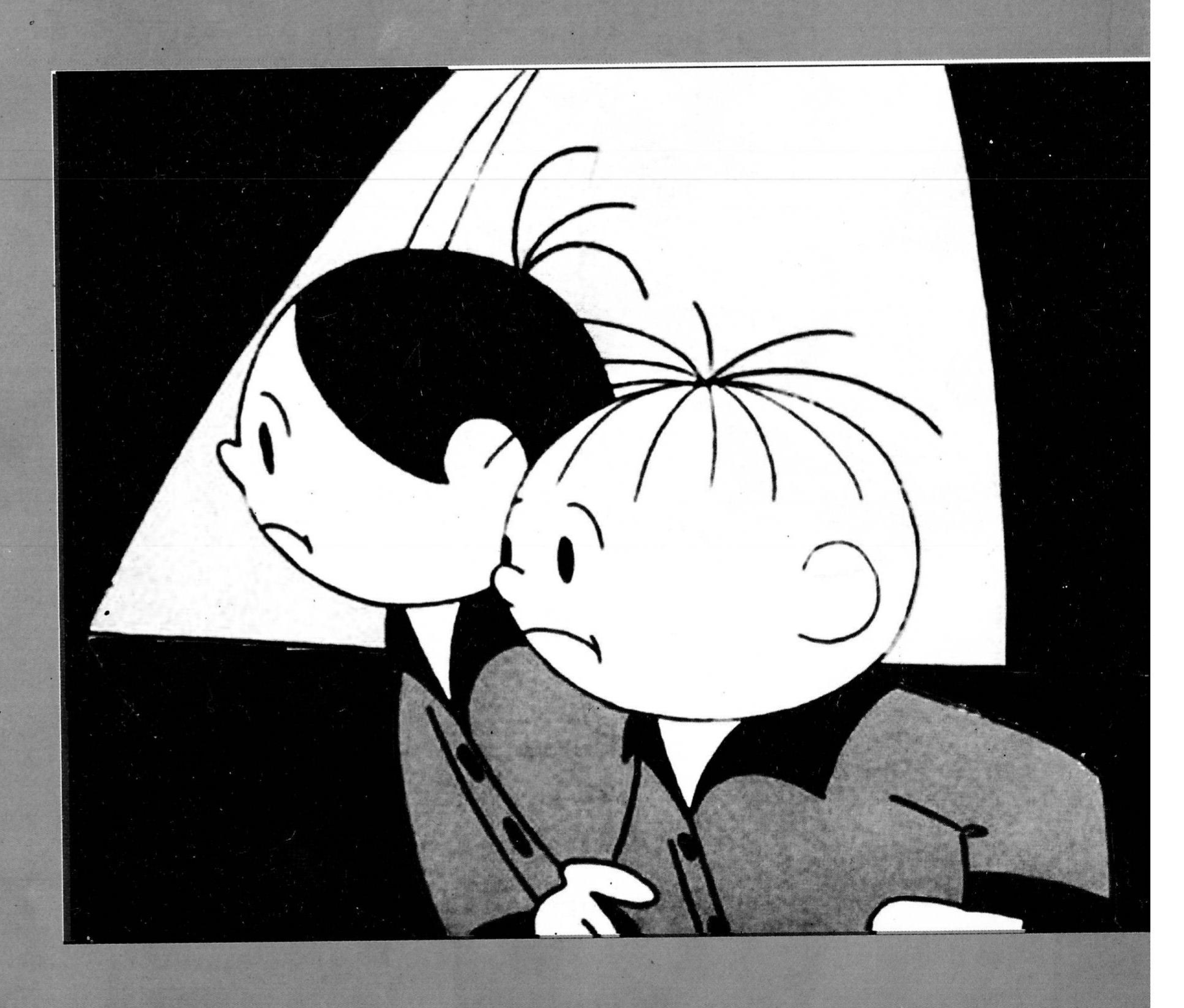
1,5euro

#01 / juni05

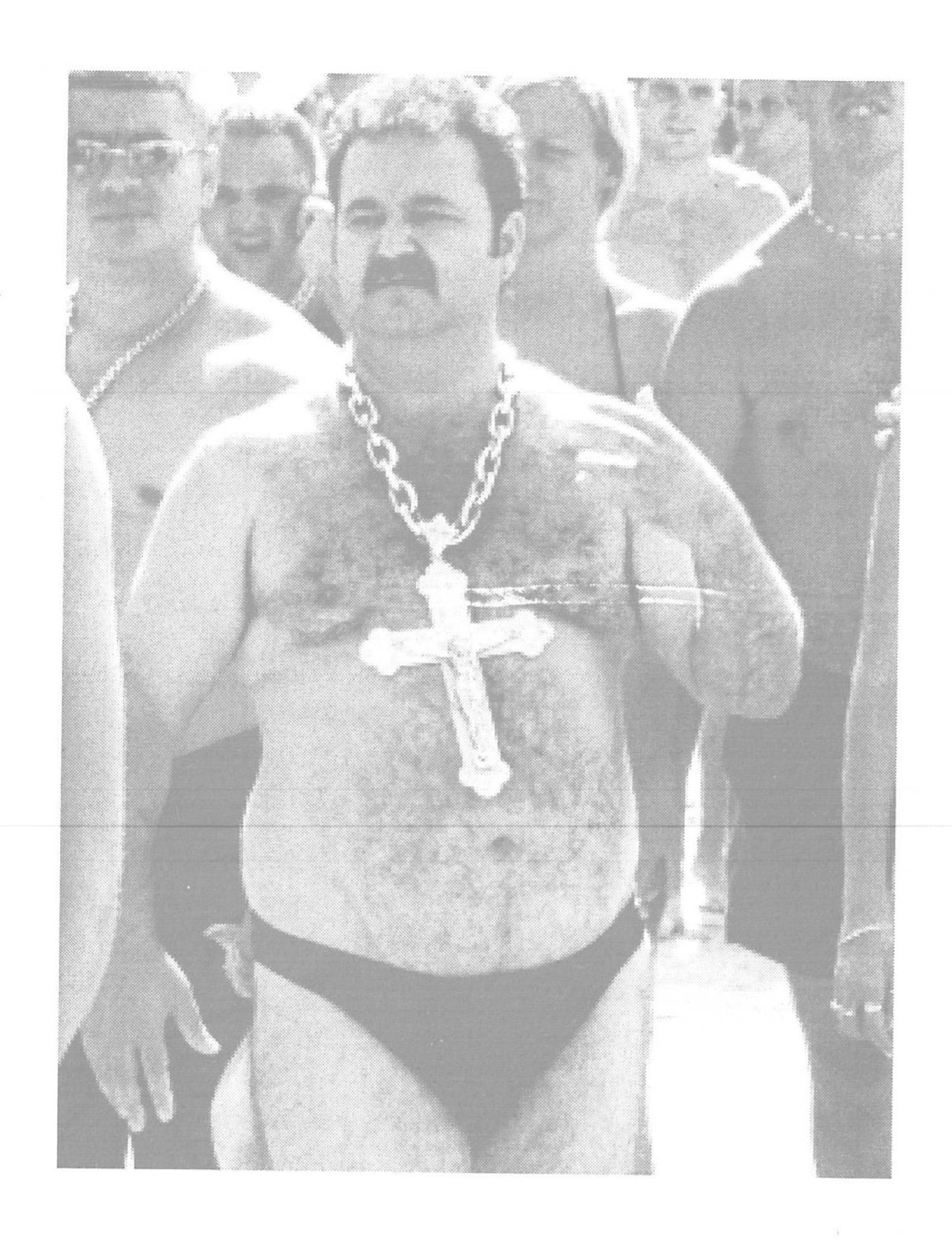
Laika - the first dog in the sky



Orangeat - die Ukraine im Umbruch

Kinder, Kirche, Kosmetyczka
Die Situation von Frauen in Polen

Welcome to the "Gates of Tyranny" -
Reisenotizen aus Belarus



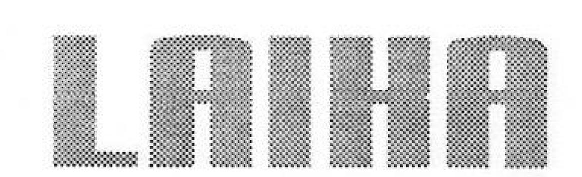
V.i.s.d.P.
Georghe Popescu
Str. Proletarilor; Bl. A3, Sc.2, Ap. 66
6239 Tichilesti

Kontakt:
Laika - *the first dog in the sky*
c/o Paluttke
Biedermann Str. 20
D-04277 Leipzig
lydia@systemli.org

Editorial

So eine erste Ausgabe einer Zeitung hat oft etwas von einer Notausgabe, es sei denn man plant alles penibel bis zum Erbrechen Monate im voraus und frustriert seine MitstreiterInnen damit schon mal für die mind. nächsten 7 Ausgaben. Da aber oft vieles noch sehr improvisiert läuft, hat das Ganze auch eine später meist nie mehr wieder zu erlangende Spontanität.
Wir wollen euch an dieser Stelle nicht ewig über den Entstehungsprozess unseres Heftes zusülzen und damit Gefahr laufen, wie die meisten Editorials übersprungen zu werden, aber ein paar erklärende Worte müssen schon sein.
Warum wir uns überhaupt anmaßen, mit dem Thema Osteuropa etwas in der deutschsprachigen Linken reißen zu wollen, könnt ihr im gleich anschließenden Text erfahren. Wir fanden es wichtig, darauf speziell einzugehen.
Wie oft wir uns mit diesem Projekt an die Öffentlichkeit wagen werden, können wir bis jetzt noch nicht sagen. Angestrebt wird, mindestens alle 3 Monate eine neue Ausgabe herauszubringen. Dabei sind wir natürlich ständig bemüht, unseren Verkaufsradius zu erweitern. Vorerst wird das Heft an mehreren „ausgewählten Orten" in Leipzig und im Umland zu haben sein und wir bemühen uns bereits das Interesse der bundesweiten Infoläden zu erregen. Wer Laika – *the first dog in the sky* in seiner/ihrer Stadt an den Mann bzw. die Frau bringen möchte, sei natürlich herzlich eingeladen, sich mit uns in Verbindung zu setzen!
Die Orte an denen dann gar nix mehr geht (wir denken da z. B. an diverse potentielle LeserInnenschaft in Zentralasien), müssen dann allerdings bis zur hoffentlich baldigen Freischaltung unserer Website ausharren. Die Adresse gibts dann am einfachsten bei www.left-action.de/gruppen.shtml zu erfahren.

Viel Spaß beim Lesen
die Redax von Laika - *the first dog in the sky*



Wieso denn bloß?

Laika - *the first dog in the sky* - hat sich den Themenschwerpunkt Osteuropa oder genauer Ost/Südosteuropa gesetzt. D.h. vor allem die Länder des ehemaligen Ostblocks, welche trotz relativer geographischer Nähe zu Deutschland vielen immer noch fremd sind.
Es soll uns nicht darum gehen, in der normalen deutschen Bevölkerung vorhandene Vorurteile über die Zustände in den Ländern des ehemaligen Ostblocks aufzuklären. Wir wollen hier niemandem mehr erzählen, dass in Osteuropa nicht alles mit Waisenkindern, Mafia und Prostitution überschwemmt ist, daß nicht alle PolInnen klauen oder nicht alle AlbanerInnen mit Drogen dealen, aber auf jeden Fall ist für die meisten Linken hierzulande OE immer noch etwas Fremdes, sozusagen der weiße Fleck auf der Landkarte ...und dies muss ja nicht so bleiben.
Immerhin, deutsche Linke fahren teilweise nach OE in den Urlaub. Doch was gibt es dort außer angenehmen Preisen und oft auch noch der Erinnerung an die Zeit vor ´89 in der Ex-DDR?
Meist beschränkt sich der Aufenthalt auf ein paar Tage in Prag, Paddeln in den Masuren oder Sonnen an der Schwarzmeerküste. Manchmal kommt es dabei allerdings sogar soweit, dass Kontakte zu den „Eingeborenen" entstehen. Schon so mancheR gab dann zu hause seiner staunenden Bezugsgruppe Geschichten von uralten bulgarischen AnarchistInnen, tschechischen Antifas und toughen polnischen HausbesetzerInnen zum Besten. Meist bleibt man sich allerdings fremd, vieles, nicht nur die Sprachbarriere trennt uns von den Leuten „da drüben". Oft weiß man bei uns über Vorgänge in Südamerika besser Bescheid, als über Vorgänge vor der eigenen Haustür. Gemeinsame Projekte wie die Proteste gegen IWF und Weltbank 2000 in Prag oder vereinzeltes gemeinsames NO BORDER CAMPen sind leider die Ausnahme geblieben. Es wird selten grenzüberschreitend mobilisiert.
Dass dabei nicht immer alles nach den altbekannten Schemata abläuft, scheint allerdings nur die Sonderrolle der deutschen Linken zu bestätigen. Oft genug kommt es innerhalb kürzester Zeit zu befremdlichen Reaktionen, wie desorganisiert *dort im Osten* alles ist. Dies liegt zum Einen wirklich an unserer komischen „deutschen Gründlichkeit", die uns nun mal auch in Bezug auf linke Politik effektiver agieren lässt, zum anderen wird aber einfach sehr oft der Fakt vernachlässigt, dass in OE viele Leute auch viel mehr mit dem Bestreiten ihres Lebensunterhaltes beschäftigt sind, als wir im immer noch besser abgesicherterten Westen. Wer kein Arbeitslosengeld kriegt, hat halt nicht ganz so viel Zeit zum Transpi-Malen oder Adorno lesen.
Was die Linke auf jeden Fall theoretisch interessieren sollte, ist, wie man eigentlich mit den Überresten des real existierenden Sozialismus Politik machen kann. Welche Perspektiven gibt es da, radikale Kritik an den Mann/Frau zu bringen (z.B. ist das Label Kommunismus immer noch entscheidend von anderen Leuten besetzt bzw. will auch nicht mehr besetzt werden)? Fragen über Fragen, zu deren Klärung wir vielleicht nicht unbedingt sofort beitragen können, die wir aber wenigstens erst mal aufwerfen wollen.

die Redaktion von Laika
- the first dog in the sky -



Laika will auf keinen Fall in diese blöde Raumkapsel
- aber das Projekt ist nicht mehr zu stoppen

Orangeat

Die Ukraine im Umbruch - von UTE aus Moskau

Bei linken Debatten über neuere Entwicklungen in Osteuropa überwiegt nicht selten der Wunsch, ökonomische, politische und gesellschaftliche Prozesse vor dem Hintergrund altbekannter Denkschemata zu betrachten. Nur allzu häufig artet dies in Ersatzdiskurse aus, die vorrangig zur Bestätigung eigener Weltbilder dienen, denn zur Analyse des eigentlichen Diskussionsgegenstandes.
Besonders deutlich tritt dies bei der Beurteilung der sogenannten orangenen Revolution in der Ukraine zutage, die nicht wenige Linke mit dem Stempel „sponsored by the USA" versehen. Ergo handele es sich lediglich um eine verurteilungswürdige Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates, woraus der Schluss gezogen werden darf, dass im Weiteren der Frage nach den geopolitischen Interessen der westlichen Akteure größere Aufmerksamkeit zuteil wird, als einer etwaigen Untersuchung der Verhältnisse vor Ort.

Legt man beliebte linke Verschwörungstheorien zugrunde, so sind die USA - ob mit oder ohne Beteiligung der EU ist an dieser Stelle zweitrangig - im Stande, beinahe an jedem beliebigen Ort der Erde innerhalb kürzester Zeit über ihre Agenturen in Form von Stiftungen wie Soros eine Protestbewegung gegen angestammte und den USA nicht genehme politische Herrschaftsstrukturen aus dem Boden zu stampfen. Führt man diesen Gedanken in seiner eindimensionalen Logik zu Ende, gelangt man zu der Annahme, dass dieses Konzept unter praktisch beliebigen Bedingungen umsetzbar ist, also auch in jenen Regionen, wo bis dato im Großen und Ganzen Zufriedenheit mit dem Status Quo herrschte. Den Befindlichkeiten der Bevölkerung, geschweige denn den Machenschaften der ins Visier der Global Player geratenen Regierungen und dessen Unterstützerumfeldes, fallen in dem Szenario eine untergeordnete Rolle zu oder, schlimmer noch, mutieren im Antlitz des absoluten Bösen in der Verkörperung des US-Imperialismus zu einer hinnehmbaren Alternative. Dies jedoch ist nicht nur zynisch gedacht, sondern denunziert per se jeglichen Widerstand vor Ort gegen das jeweils herrschende Regime, sprich konkret die Hunderttausenden von Menschen in der Ukraine, die erstmals seit vielen Jahren ihrem Unmut über die politischen und ökonomischen Bedingungen unter Präsident Kutschma Gehör verschaffen konnten. Bezeichnenderweise stimmt in diesem Punkt ein weiterer äußerst präsenter nichtukrainischer Akteur, nämlich die russische Führung, mit jener linken Argumentation voll und ganz überein. Ohne die Lenkungsversuche westlicher Staaten schönreden zu wollen oder gar zu negieren, braucht es dennoch zuallererst eine Bestandsaufnahme der Vielzahl an inneren Faktoren, die zu dem orangenen Phänomen führen konnten.

Im Gegensatz zum russischen Nachbarn setzte die Ukraine nach der Unabhängigkeit neoliberale Reformen wesentlich langsamer und inkonsequenter um. Die sozioökonomische Struktur des Landes weist deutliche Spuren aus sowjetischen Zeiten auf und erinnert in vielerlei Hinsicht der Situation in Russland Mitte der 90er Jahre. Informelle clanartig Gruppierungen, bestehend sowohl aus Vertretern der Privatwirtschaft und Finanzinstituten, als auch dem Staatsapparat, wenden halblegale bis kriminelle Methoden zur weitgehenden Kontrolle über Handel, Produktion und den Rohstoffsektor an. Durch die Verflechtung von staatlichen Institutionen und einzelnen Angestellten mit mafiösen Clans entwickelte sich im Land eine bürokratische Merkmale aufweisende Oligarchie, die ihre Blütezeit unter dem mittlerweile ehemaligen Präsidenten Leonid Kutschma erlebte.

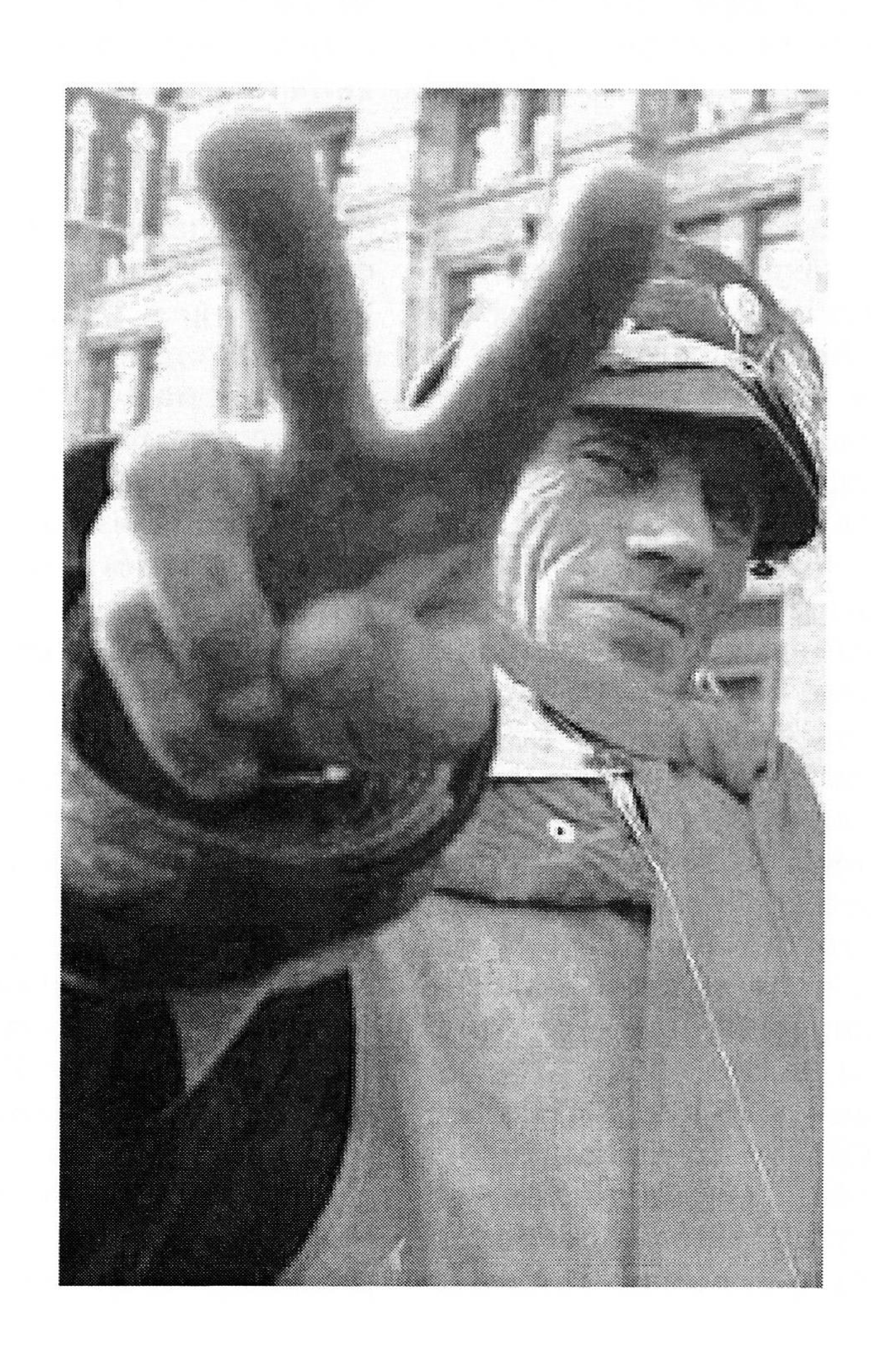
In der Praxis bedeutet dies für die Bevölkerung, egal welcher Schicht angehörend, die ständige Konfrontation mit staatlich-bürokratischer Willkür, Schutzgeldforderungen und Korruption, unregelmäßiger Lohnzahlungen in Betrieben und nicht zuletzt Repressionen gegenüber regimekritischen Aktivisten. Der Mord an dem Journalisten Georgij Gongadze im Jahr 2000 ist nur ein herausragendes Beispiel unter vielen, wenngleich dieser Fall die Gemüter besonders bewegte und auch international für Aufmerksamkeit sorgte. Bereits vor der Wiederwahl Kutschmas vor vier Jahren manifestierten sich heftige Proteste gegen die Regierung. Auch damals wurden Zelte in der Innenstadt von Kiew aufgeschlagen, doch ging die Kiewer Führung, anders als heute, entschieden gegen die Bewegung „Eine Ukraine ohne Kutschma" vor. Einige der Aufständischen sitzen nach wie vor ihre Haftstrafen ab, andere wiederum setzten ihren Protest im Rahmen der orangenen Revolution fort.

Unter den gegebenen Bedingungen blieb auch die Bildung oppositioneller oligarchischer Clans nicht aus, was weniger deren vermeintlich demokratischer Gesinnung zuzuschreiben ist, als der Absicherung und Erkämpfung von Einflusszonen innerhalb der Wirtschaft des Landes. Nicht wenige davon sicherten dem vom Westen favorisierten Präsidentschaftskandidaten und heutigem Präsidenten Viktor Juschtschenko ihre Unterstützung zu und beteiligten sich an der Finanzierung dessen Wahlkampfes, wobei ein Teil davon sein Business in erster Linie in den westlichen Regionen der Ukraine betreibt.

In der Ostukraine, vornehmlich in den Städten Dnepropetrovsk, Charkov und Donetsk, war eines der größten Industriezentren der Sowjetunion angesiedelt, welche sich die dortige Nomenklatura nach der Unabhängigkeit zueigen machte, ohne sich jedoch der Zentralmacht in Kiew unterzuordnen. So entwickelten sich die regionalen Oligarchen zu einer für Russland wesentlichen Größe bei dem Bestreben, die Ukraine weiter an sich zu binden. Allerdings gibt es auch hier keine einheitliche Tendenz in Bezug auf politische Präferenzen. Der vom Kreml favorisierte Präsidentschaftskandidat Viktor Janukowitsch stammt aus Donetsk, wo der Hauptteil seines Wählerpotenzials beheimatet ist. Der Aufstieg der zur Premierministerin ernannten Oligarchin Julia Timoschenko wiederum steht in engem Zusammenhang mit der Nomenklatura in ihrer Geburtsstadt Dnepropetrovsk.

Fabrikdirektoren sind nach wie vor in der Lage Arbeiter und Angestellte scharf zu kontrollieren und diese bei Bedarf zu Kundgebungen abzukommandieren

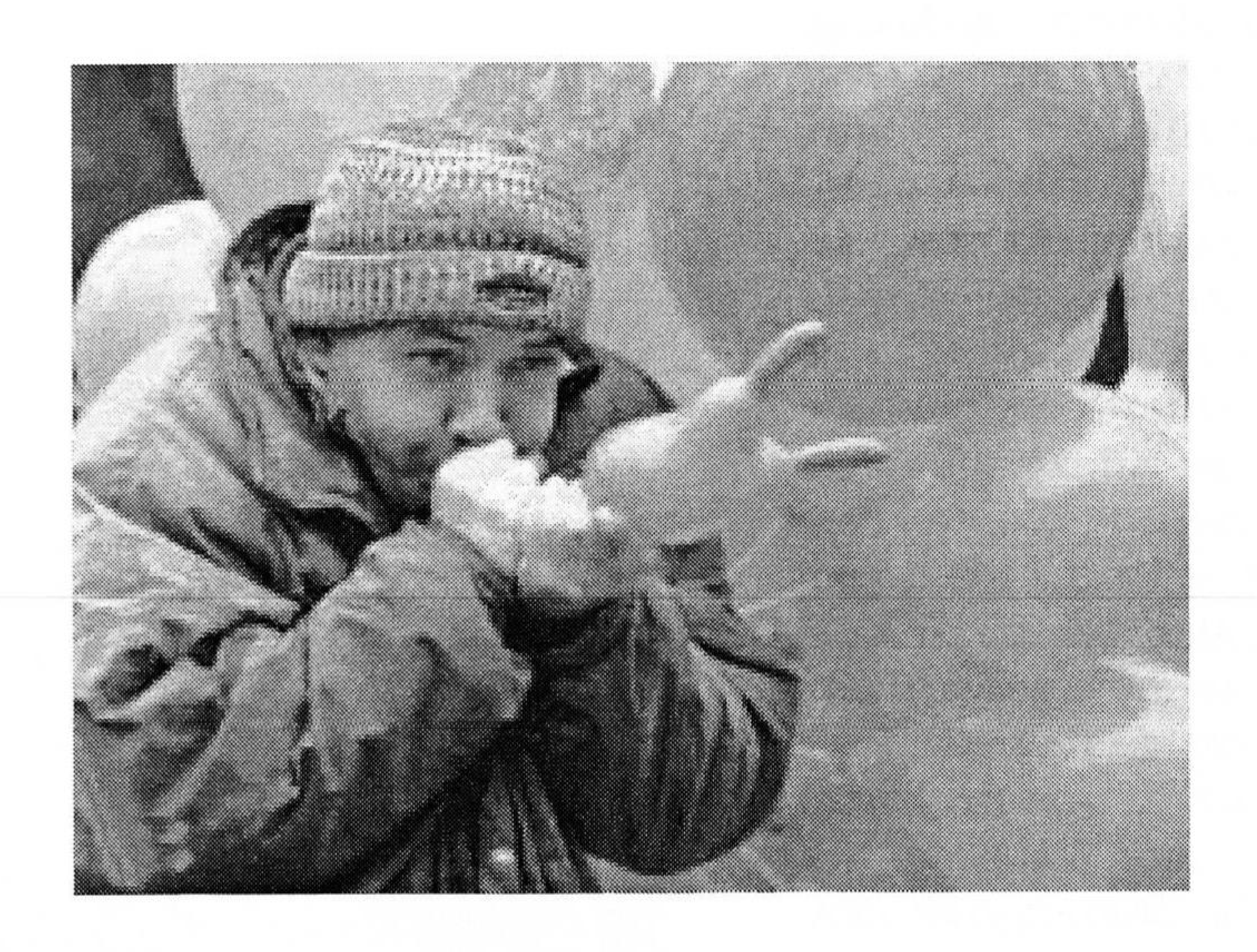
Im Übrigen spielen die für die Sowjetunion typischen und auch heute noch häufig in den Industriezentren anzutreffenden kooperativen Abhängigkeitsverhältnisse, die sich beispielsweise in einer extrem festen Bindung an den jeweiligen Betrieb manifestiert, eine nicht geringe Rolle bei der Mobilisierung der Massen für Janukowitsch. Die Fabrikdirektoren sind nach wie vor in der Lage Arbeiter und Angestellte scharf zu kontrollieren und diese



bei Bedarf zu Kundgebungen abzukommandieren, was wesentlich effektiver funktioniert als die Rekrutierung von Demonstrationsteilnehmern gegen Bezahlung, wie es den Anhängern Juschtschenkos gerne vorgeworfen wird. Es steht außer Frage, dass für die Ausbildung von Kadern, Infrastruktur wie Zelte etc. Unterstützungszahlungen geflossen sind, aber allein damit lässt sich keine Massenmobilisierung provozieren.

Dass es überhaupt zu massenhaften Protesten kommen konnte liegt sicherlich zu einem wesentlichen Teil daran, dass die ukrainische Staatselite in sich keine Geschlossenheit vorweisen kann. Wo in Russland einem aussichtsreichen Oppositionskandidaten nicht die geringste Chance für eine Kandidatur bei entscheidenden Wahlen eingeräumt wird, ließ sich dies in der Ukraine schlichtweg nicht verhindern. Wenn der Sieger von vornherein feststeht, können eventuelle Wahlfälschungen bestenfalls Kritik bei den davon betroffenen Kräften der Opposition hervorrufen. Bei der Wahl des Nachfolgers von Kutschma hingegen waren die Versuche, das Wahlergebnis um die für den Sieg entscheidenden Prozente zu beschönigen, dermaßen offensichtlich, dass dieser Umstand schließlich zum Auslöser für eine in ihren Ausmaßen von niemandem so prophezeite Protestbewegung avancierte.

Dabei stammt ein Großteil der extra nach Kiew angereisten Protestwilligen aus den westlichen Gebieten der Ukraine. In der Tat spielen die geopolitische Lage und die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe der Bevölkerung in Ost und West dabei eine wichtige Rolle. Die Ukraine ist ein geteiltes Land, was sich jedoch weniger an den beiden gesprochenen Sprachen festmachen lässt und auch nicht daran, dass der Osten weit mehr industrialisiert ist als der Westen, als an den unterschiedlichen historischen Erfahrungen und der heutigen Lebensrealität in den jeweiligen Regionen.



Viele Menschen auf der Krim können es bis heute nicht verschmerzen, dass Nikita Chruschtschow seinerzeit die stark russisch geprägte Halbinsel der Ukraine zuschob. Der Osten gehörte von Anfang an zur Sowjetunion, während weite Teile des Westens erst im Zuge des Zweiten Weltkriegs sowjetisch wurden, wogegen sich noch bis weit in die 50er Jahre Partisanen in den Ausläufern der Karpaten zur Wehr setzten. Aufgrund deren Kollaboration mit den Nazis während des Krieges gelten die Westukrainer im Osten noch heute oft pauschal als Faschisten, ohne zu unterscheiden zwischen den Anhängern der teils paramilitärische Züge aufweisenden Splittergruppen der faschistoiden UNA-UNSO (Ukrainische Nationalversammlung – Ukrainische nationale Selbstverteidigung) - welche tatsächlich einen durchaus akzeptierten Teil der Protestbewegung in Kiew ausmachten - und diesen durchaus kritisch gegenüberstehenden Bevölkerungsgruppen. Allein die Tatsache, dass die einen über mehrere Generationen hinweg ein und demselben Staatsgebilde mit seinen kollektiven Prinzipen untergeordneten waren, während die anderen aus Erzählungen der Großeltern eine andere als die sowjetische Realität entnehmen können, sorgt außerdem für Spannungen.

Aufgrund deren Kollaboration mit den Nazis während des Krieges gelten die Westukrainer im Osten noch heute oft pauschal als Faschisten

Nicht zuletzt unterscheiden sich die Zielorte und die Praxis der allseits üblichen Arbeitsmigration. Ukrainer aus dem Ostteil fahren massenweise nach Russland, vorzugsweise in die ölfördernden Regionen oder nach Moskau mit ihrem nach wie vor andauernden Bauboom und sind somit auf gute Beziehungen zum mächtigen Nachbarstaat direkt angewiesen. Die meisten westukrainischen Arbeits-

migranten hingegen orientieren sich eher an Westeuropa. Hier sticht vor allem Portugal hervor.

Insofern nimmt es nicht Wunder, dass die auf eine Annäherung an die EU und die NATO ausgerichtete Rhetorik von Juschtschenko im Westteil größeren Anklang findet, im Osten hingegen auf Ablehnung stößt. Dabei wäre es fatal zu glauben, die Bevölkerung nehme alle Versprechungen als bare Münze hin. Auch überwog bei der vermeintlichen Anhängerschaft des frisch gewählten Präsidenten weniger der Wunsch nach dessen Wahlsieg, als die Beendigung des Kutschma-Regimes mit all seinen negativen Auswirkungen und somit nach einer Niederlage von Janukowitsch, der als Garant für eine Fortsetzung der Clanpolitik stand und einer Vereinnahmung durch Russland hätte Vorschub leisten können. Die jüngsten politischen Entwicklungen beim östlichen Nachbarn treffen in weiten Teilen der ukrainischen Gesellschaft auf Skepsis oder gar offene Ablehnung. Die russische Führung warb für sich u.a. mit einer doppelten Staatsbürgerschaft, doch gerade für junge Männer im wehrdienstfähigen Alter verheißen solche Aussichten wenig Gutes, denn dies würde ihnen womöglich einen Einsatz im Kriegsgebiet Tschetschenien bescheren.

Unter den gegebenen Bedingungen hatten also die USA und die EU ein relativ leichtes Spiel, während sich die russischen Polittechnologen durchaus anstrengen mussten, um letztlich für viel Geld dennoch eine Niederlage hinnehmen zu müssen. Für die russische Führung sind die jüngsten Entwicklungen aber nicht allein deshalb bedrohlich, weil der Westen in voller Fahrt auf ehemaliges sowjetisches Terrain vorstößt, sondern weil das Putinsche Herrschaftsmodell einer vermeintlich starken „Machtvertikalen" durch den Sieg der orangenen Opposition in Frage gestellt wird. Dabei bleibt abzuwarten, wozu Juschtschenko überhaupt im Stande ist. Ohne Berücksichtigung der spezifischen Interessen im Osten kann er nicht regieren. Und wer sich von ihm höhere Löhne und kostenlose Bildung erhofft, wird bald mit einem Kater erwachen. Viele Menschen auf der Straße ließen nach der anfänglichen Euphorie ihrer Enttäuschung darüber freien Lauf, dass eine radikale Abrechnung mit dem alten Regime wohl kaum zu erwarten ist. Ja gerade die Garantie, Kutschma nach dem Machtwechsel keinerlei ernsthaften strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen, ließ ein derart friedliches Szenario überhaupt erst zu. Nichtsdestotrotz bleibt ein positives Echo als Folge der orangenen Revolution zurück, nämlich das Begehren weiter Teile der Bevölkerung, politische Entscheidungen nicht mehr allein den herrschenden Eliten zu überlassen.

Kinder, Kirche, Kosmetyczka

Frauen in Polen - von LADY T

Feminismus ist in westeuropäischen Gesellschaften ein längst etabliertes Gemeingut. Weite Netzwerke aus Frauenorganisationen, Sonderforschungsbereiche oder Gender Mainstreaming sind keine Besonderheiten mehr. Die im Zusammenhang mit der Gleichstellung der Geschlechter gestellten Fragen lauten längst nicht mehr *ob*, sondern nur noch *wie*. In Polen dagegen gibt es bei diesem Thema nur selten Selbstverständlichkeiten. Einigkeit herrscht bei der Mehrzahl der Leute eher über die Daseinsberechtigungen der Frau: Kinder, Küche, Kirche, seit einiger Zeit ergänzt um zwei ebenso problematische, zumindest schwer mit den ersteren vereinbare K-Wörter: Karriere und Konsum.
Liegt das etwa daran, dass das polnische Wort für Frau (kobieta) auch mit K beginnt, und lebt es sich im deutschsprachigen Raum erträglicher, weil Frau mit F wie Feminismus anfängt? Wohl kaum. Was hat es also auf sich mit den polnischen Geschlechterrollen und ihrer Infragestellung?

Die Anfänge

Die Frauenbewegung in Polen ist fast so alt wie in Deutschland, wo die Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins 1865 als Geburtsstunde der organisierten Frauenbewegung gilt. Da Polen von 1795 bis 1918 zwischen Russland, Österreich und Preußen aufgeteilt war und nicht auf der Landkarte existierte, war die Organisationsstruktur wenig ausgeprägt, doch die Frauenfrage war schon früh in zahlreichen Publikationen wie feministischen, sozialistischen und allgemein-intellektuellen Schriften und literarischen Werken präsent.
Die Titelfigur des 1873 erschienen Romans *Marta* von Eliza Orzeszkowska personifiziert exemplarisch den Lebensweg vieler Frauen dieser Zeit: Fehlgeschlagene Aufstände gegen die Teilungsmächte führten zu einer Aufweichung der ständischen Strukturen und einer nachhaltigen Schwächung der männlichen Elite. Die Töchter der *szlachta*, des polnischen Adels, waren plötzlich zur Erwerbsarbeit gezwungen, was mit der traditionellen Rolle der Hausfrau und Mutter kollidierte. Der Roman ist der erste weithin wahrgenommene Appell für bessere Bildungschancen für Frauen.
Neben der Bestreitung des Lebensunterhalts oblag Frauen in Anlehnung an ihre Rolle als Mütter die Vermittlung einer über die Sprache definierten polnischen Identität. Dieses Klischee wurde auch auf den Lehrerinnenberuf übertragen, eine der wenigen Erwerbsmöglichkeiten für Frauen zur damaligen Zeit. Er galt als patriotisches Opfer, da der Unterricht in polnischer Sprache von der russischen Gendarmerie verfolgt wurde.
Die Frauen beriefen sich bei ihrer Forderung nach Bildung und Erwerb stets auf ihre patriotischen Pflichten, der Kampf für die Befreiung der Frau war untrennbar mit dem Kampf um nationale Befreiung verknüpft. Die polnische Frauenbewegung entstand nicht als Kampf gegen die „eigenen" Männer, sondern gegen die Fremdherrschaft. Wichtige Meilensteine dieser ersten Phase des polnischen Feminismus, die bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs dauerte, waren ähnlich wie in westlichen Gesellschaften die Zulassung zu Universitäten (1896) und die Erlangung des Frauenwahlrechts (1919).

Staatlich verordnete Gleichstellung

Auch die zweite Phase des polnischen Feminismus war von einer höheren Ideologie bestimmt, diesmal der kommunistischen. Die staatlich verordnete Gleichstellung garantierte den Frauen Zugang zu Bildung und viele fortschrittliche Rechte wie z.B. eine liberale Abtreibungsgesetzgebung, die Beteiligung am Arbeitsmarkt war hoch. Gleichzeitig oblag den Frauen aber nach wie vor der Haushalt und die Kindererziehung, was zeigt, dass die Geschlechterrollen nicht mit

ernsthaft in Frage gestellt wurden. Frauen nahmen sich nicht als Gruppe mit einem gemeinsamen politischen Anliegen war. Trotzdem halluzinierte der polnische Mann die Zustände in der Volksrepublik als Matriachat, symbolisiert durch die Traktorfahrerin.
Mit der katholischen Kirche im Rücken wollte *mann* Polen nicht nur vom Kommunismus, sondern auch von der allzu weit fortgeschrittenen Emanzipation der Frau erlösen.
Symptomatisch dafür waren die an die Mauer der Danziger Werft, dem Zentrum der Solidarnosc-Bewegung, geschmierten Worte: *Frauen, stört uns nicht, wir kämpfen um Polen.*

Dein Kind in Gottes Händen

Zu den folgenschwersten Konsequenzen dieses konservativen Backlashs gehörte das 1993 verabschiedete Abtreibungsverbot. Seit dem ist ein Schwangerschaftsabbruch nur bei einer ernsthaften Gefahr für die Gesundheit der Mutter, bei Missbildungen des Fötus und bei Vergewaltigung erlaubt, doch selbst in diesen Fällen werden Frauen von Ärzten oft zurückgewiesen. Legal ist Abtreibung in Polen so gut wie unzugänglich.
Laut einer Studie der „Föderation für Frauen und Familienplanung" beläuft sich die Zahl der illegalen Abbrüche auf mind. 80.000 pro Jahr. Diese werden zu Wucherpreisen in Privatkliniken und Praxen durchgeführt, wer es sich leisten kann, fährt nach Russland, Deutschland oder Holland. Wenn das Geld für einen professionellen Eingriff fehlt, werden Laien- und Selbstabtreibungen vorgenommen, die oft gesundheitliche Komplikationen nach sich ziehen. Darüber hinaus hat die Zahl der nach der Geburt im Krankenhaus zurück gelassenen Kinder seit 1993 stark zugenommen.

Die Studie ergab ferner, dass das Wissen der Bevölkerung über Verhütung sich verbessert hat, dass aber Vorurteile und Fehlinformationen noch weit verbreitet sind. Vielen Frauen

Symptomatisch dafür waren die an die Mauer der Danziger Werft, dem Zentrum der Solidarnosc-Bewegung, geschmierten Worte: *Frauen, stört uns nicht, wir kämpfen um Polen.*

bleibt der Zugang zu verlässlichen aber relativ teuren Verhütungsmitteln aus finanziellen Gründen verwehrt. Nur rund 8% der Frauen nehmen die Pille, 25% wenden unsichere Methoden wie die Kalendermethode an. Sterilisation ist in Polen verboten.

Die Föderation beklagt, dass seit 1999 Sexualkunde an den Schulen nicht mehr obligatorisch ist und dass die staatlich zugelassene Unterrichtsmaterialien lückenhafte und falsche Informationen über Verhütung, insbesondere über die Pille, enthalten.

Mein Körper – meine Entscheidung

Verständlicherweise wollten es die polnischen Frauen nicht hinnehmen, statt der erhofften Freiheit einen solchen Rückfall in mittelalterliche Verhältnisse erleben zu müssen, und so markierte die Einführung des restriktiven Abtreibungsgesetzes 1993 den Anfang der dritten Phase des polnischen Feminismus, der vor allem von Akademikerinnen getragen wird. Seit 1994 gibt es Gender Studies als Aufbaustudium an der Universität Warschau, und eine relativ tragfähige Struktur aus Fraueninformationszentren, Verlagen und NGOs mit sehr ausdifferenzierten Tätigkeitsfeldern (z.B. der Verein La Strada, der sich gegen Frauenhandel engagiert) hat sich entwickelt. Die Bewegung orientiert sich einerseits am Westen, andererseits herrscht auch eine große Skepsis gegenüber der unreflektierten Übertragung des westlichen Feminismus auf die Situation in Polen. Auch was die Form betrifft werden eigene Wege gegangen: Im Gegensatz zu Westeuropa, wo der 8. März kaum noch eine Feministin hinterm Ofen hervorlockt, sind die alljährlichen Frauentagsdemonstrationen v.a. in Warschau, aber auch in anderen Städten mit dem schönen Namen Manifa ein wichtiges Event mit viel Medienpräsenz. Das (Lippen-) Bekenntnis zur Gleichberechtigung ist zwar noch lange keine Selbstverständlichkeit, wird aber immerhin in der Öffentlichkeit heiß diskutiert – wenn auch teilweise auf befremdliche Weise.

Die Freiheit der Konsumentin

Ist die Forderung nach Gleichstellung im Kapitalismus nun endlich Selbstzweck und hat damit Chancen auf eine Umsetzung?
Nicht wirklich. Frauen müssen sich genauso auf dem Arbeitsmarkt verwerten, der vor allem ihnen gegenüber rücksichtslos ist. Die Frau soll selbstständig sein, damit sie selbstständig konsumieren kann. Leider kann sie noch nicht einmal das so richtig, denn die Löhne sind mit ca. 300 Euro extrem niedrig. Und von den staatlichen Almosen für Arbeitslose kann niemand leben.

Auch die staatliche Unterstützung für Familien fällt verschwindend gering aus.

Da es alleinerziehenden Frauen oft unmöglich ist, Unterhaltszahlungen von den Vätern einzufordern, gab es bisher eine minimale Ersatzfinanzierung seitens des Staates. Mittlerweile wurde auch diese gestrichen. Berufstätige Frauen haben offiziell das Recht auf Mutterschaftsurlaub, aber sie können es sich praktisch nicht leisten, Gebrauch davon machen. Junge Frauen haben zudem enorme Schwierigkeiten, feste Arbeitsverträge zu bekommen. Die Situation ist also prekär.

Untrennbar mit dem Thema Familie ist in Polen die katholische Kirche verknüpft, deren starker Einfluss ungebrochen ist. Deren Bild von einer kinderreichen, beständigen (Hetero-) Familie ist fernab von jeglicher Realität, und trotzdem oder gerade deshalb schafft es eine Atmosphäre permanenter Angst und psychischen Drucks. Die polnische Familie hat gelernt, sämtliche Probleme nach innen zu kehren. Der Staat sieht weg und mischt sich nicht ein. Alkoholismus, Gewalt gegenüber Kindern und Frauen, Missbrauch sind nicht Gegenstand des öffentlichen Diskurses.

Dank Europa wird alles besser...

...oder doch nicht? Gegenwärtig feiert das national-katholische Denken in Polen riesige Erfolge. Die Lage wird sich eher noch zuspitzen, gerade weil auch die postkommunistischen sozial-linken Parteien wie die regierende SLD ihre Außenpolitik dem nationalen Denken untergeordnet haben. Das zeigte ja auch die Forderung Polens nach Aufnahme christlicher Werte in die europäische Präambel. Länder wie Irland und Malta sind in Sachen Familienpolitik europäische Vorbilder für Polen.

Doch natürlich will es sich unser östliches Nachbarland nicht ganz mit Europa verscherzen, und dass der Westen die polnischen Zustände mitverfolgt und wenn nötig den Zeigefinger hebt, zeigte sich z.B. letztes Jahr auf dem Berliner CSD. Dort hatte Berlins Oberbürgermeister Wowereit seinen erzkonservativen Warschauer Kollegen Kaczyński scharf dafür kritisiert, die schwullesbische Parada Równoœci (Equality Parade)



verboten zu haben. Dieser hatte seine Entscheidung damit begründet, dass die rechte Partei LPR (Liga Polskich Rodzin, dt. Liga der Polnischen Familien) und ihre Jugendorganisation MW (Mlodziesz Wszechpolska, dt. Allpolnische Jugend) ebenfalls einen Marsch angemeldet hätten und er für die Sicherheit der Teilnehmer der Parada nicht garantieren könne. Hintergrund: Im April 2004 waren TeilnehmerInnen eines Umzugs gegen Homophobie in Krakau von rechten Hooligans mit Steinen beworfen worden, und der empörte Aufschrei in der Bevölkerung blieb natürlich aus. Statt darauf hin ein deutliches Zeichen für die Toleranz *seiner* Stadt zu setzen stellte sich Kaczyński indirekt auf die Seite der LPR.

Die Auffassungen der katholischen Kirche haben also auch beim Thema sexuelle Minderheiten einen großen, sehr folgenschweren Einfluss, und in den Medien gibt es keinen ernsthaften Diskurs darüber. Der ins Parlament eingebrachte Gesetzentwurf für eine Eingetragene Lebenspartnerschaft ist weit von seiner Ratifizierung entfernt.

Bleibt nur noch Auswandern, oder?

„Es stimmt, Polen ist ein schreckliches Land, aber das ist nur die halbe Wahrheit. Es passieren auch wunderbare Dinge in Polen.", so die bekannte Feministin *Kazimiera Szczuka* in einem Interview mit dem *Freitag* vom 07.01.05 Es gibt eine junge, interessante Kunstszene, eine hervorragende Theaterlandschaft, sehr gute Literatur. Junge Menschen denken zunehmend fortschrittlich, es gibt eine alternative feministische Szene, aus der heraus beispielsweise im November letzten Jahres das erste polnische Ladyfest organisiert wurde.

Und: Die diesjährige Manifa war angesichts der 3000 TeilnehmerInnen und der positiven Reaktionen von Passanten und Medien ein voller Erfolg. All das lässt sich nicht verleugnen und gibt Grund zur Hoffnung, dass das K von kobieta irgendwann nur noch für Kaffee, Kampfsport und Kontemplation (oder so ähnlich) steht.

Nazi-Überfall auf Konzert in Minsk - von ISELIN

Die ohnehin schon unberechenbare Staatsgewalt in Belarus wird noch weit unangenehmer, wenn sie mit Nazihooligans kooperiert: bei einem Überfall auf ein Punk-Konzert in Minsk am 16. März 2005 wurden drei Konzertbesucher ernsthaft verletzt, davon erlitten zwei Minderjährige Messerstiche. Eine Gruppe von 20 – 30 bewaffneten Nazi-Skinheads, unter denen sich mehrere Polizisten in Zivil befanden, griff den Minsker Club „Leo" an, nachdem dort ein Konzert mit rund 200 Besuchern geendet hatte. Zwar konnten die Angreifer in die Flucht geschlagen werden, doch es dauerte immerhin 40 Minuten, bis Polizei und Ambulanz sich blicken ließen. Da sich einige der Angreifer später mit den anwesenden Polizisten unterhielten und über Polizeifunk verfügten, und die Beamten sogar noch versuchten, einige Konzertbesucher mithilfe eines stadtbekannten Hooligans festzunehmen, ist klar, daß eine Kooperation von Behörden und Nazis stattgefunden haben muß. Mittlerweile befinden sich 11 Angreifer im Gefängnis, aber die Chancen, die Verantwortlichen bei der Polizei belangen zu können, stehen denkbar schlecht. Weitere Infos auf www.375crew.org

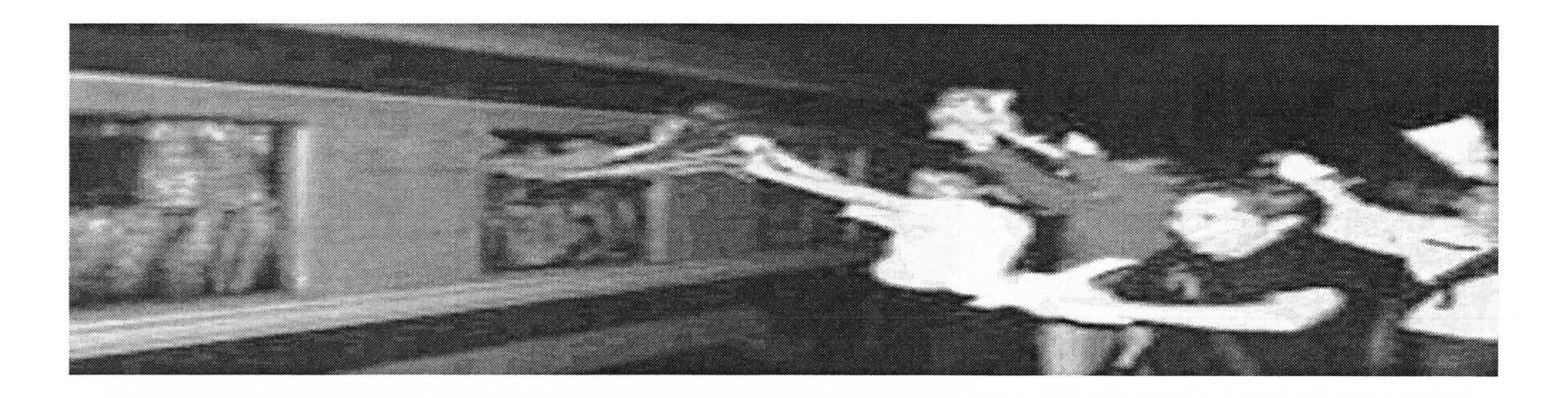
Völkerball in Jena - von ISELIN

Europa wächst zusammen, und das auch schon seit längerem am rechten Rand. Das nächste Highlight in dieser Hinsicht wird das sogenannte „Fest der Völker" sein, eine getarnte Blood&Honour-Veranstaltung, die vom Nationalen Widerstand Jena eben dort am 11. Juni ausgerichtet werden soll. Daran teilnehmen werden diverse Gäste aus Osteuropa, so befinden sich unter den geplanten Rednern neben anderen unerfreulichen Gestalten auch der rumänische Neofaschist Claudiu Mihuþiu sowie als Vertreter der ungarischen Blood&Honour-Sektion Zsolt „Elek" Illés. Auch musikalisch lassen sich die osteuropäischen Nazis nicht lumpen, angekündigte Bands sind z.B. „Before the war" aus der Slowakei und „Vérszerzödés" aus Ungarn, die beide aus einschlägigem Umfeld stammen. Daneben beteiligen sich zahlreiche Bands und Organisationen aus Italien, Schweden u.a. Zwar hat die Stadt Jena das Festival verboten, aber sowohl Nazis als auch Antifas mobilisieren weiterhin wie gehabt, wobei droht, daß das Zahlenverhältnis deutlich zu Gunsten ersterer ausfällt. Weitere Infos auf www.voelkerball.tk



Wahlkampf in Albanien - von ISELIN

Am 27. April unterzeichneten die Vorsitzenden von 16 albanischen Parteien auf Initiative von Präsident Moisiu ein Fairnessabkommen für den Wahlkampf, der den Parlamentswahlen am 3. Juli vorausgehen wird. Schon im Januar war ein Novellierungsgesetz verabschiedet worden, das Auseinandersetzungen während der Wahlen verhindern soll. Die letzten Parlamentswahlen im Jahr 2001 hatten fünf Wahlgänge gebraucht, bis der Sieg der Sozialistischen Partei (SP) und ihrer Allianzparteien sicher war, und trotzdem weigerte sich die Demokratische Partei (DP) fast sechs Monate lang, das Ergebnis anzuerkennen. Auch das örtliche Wahlbeobachtungsbüro der OSZE hatte diese Wahlen kritisiert, sie aber als die bisher demokratischsten in Albanien gewertet. SP und DP sind die grössten Parteien in Albanien, gefolgt von einer 2004 gegründeten Abspaltung der SP, der Sozialistischen Bewegung für Integration. Die SP regiert seit den Neuwahlen 1997, die infolge von Unruhen angesetzt worden waren, und sah sich seither mehrmals mit dem Boykott durch die DP konfrontiert.



Geh doch zu Hause... – von MXXL

Aljaksandr Lukaschenka,50, seines Zeichens autoritär regierender Präsident von Belarus, hatte keine schöne Zeit Anfang Mai 2005 in Moskau. Dabei war alles so schön vorbereitet: Beim GUS-Gipfel wollte man sich mit den verbleibenden „Freunden" der gegenseitigen Solidarität versichern und die „unartigen Kinder" Georgien und Ukraine zur Räson bringen, dann gemeinsam mit Staatsoberhäuptern aus aller Welt die Siegesparade in Moskau abnehmen und sich damit als ernstzunehmender Staatsmann profilieren, und anschließend nach Minsk fliegen, um dort der eigenen Parade beizuwohnen.
Doch leider kommt es oft anders, als man denkt: Auf dem GUS-Gipfel gelingt es nicht, dem ungeliebten neuen Präsidenten der Ukraine, Viktor Juschtschenko, auszuweichen, der gern ein paar Worte über die Verhaftungen von ukrainischen Staatsbürgern am Rande eine Demonstration am 26.4.2005 und deren anschließende Behandlung wechseln will. Und dann wird man noch recht unsanft am Vorabend der Siegesparade zum Flughafen gebracht aus dem Lande komplimentiert, da die anderen Staatschefs sich dann doch an der Anwesenheit einer Person stören, die jegliche Opposition im eigenen Lande massiv behindert und von Demokratie nicht allzu viel hält.

Schlechtes Wetter überm Zlatibor... - von MXXL

Kleine mal groß: Im Staatenverbund Serbien-Montenegro sind die beiden Teile Serbien (10 Mio. Einwohner) und Montenegro (600000 Ew.) in vielen Beziehungen gleichberechtigt. So auch beim European Song Contest. Nachdem nun letztes Jahr das serbische Fernsehen RTS(Radio Televizija Srbija) der Veranstalter der nationalen Vorausscheidung für den auch Grand Prix d'Eurovision genannten Wettbewerb veranstaltete und mit dem Song „Lane moje" des bekannten serbischen Sängers Zeljko Joksimovic einen sehr guten zweiten Platz belegte, war nun für 2005 der montengrinische Rundfunk RTCG an der Reihe.
Zur Auswahl standen sowohl serbische Beiträge als auch Produktionen der sehr kleinen montenegrinischen Musikszene. Da man sich als Veranstalter natürlich einen heimischen Beitrag als Gewinner wünschte, kamen die am Tag der Entscheidung herrschenden Schneestürme über dem Zlatibor-Gebirge (Südserbien, an der Grenze zu Montenegro) sehr recht. Leider seien nämlich, so die Originalton RTCG, die tausenden Anrufe aus Serbien für die Zweitplazierte Jelena Tomasevic „aufgrund des schlechten Wetters nicht durchgekommen". Daher konnte man nur die Anrufe aus Montenegro selbst berücksichtigen. Somit wurde die montenegrinische Boyband No Name nach Kiew geschickt.
Geschadet hat es dem Song übrigens nicht: Man qualifizierte sich mit Platz 7 direkt fürs Finale des nächsten Jahres in Athen. Und dann ist wieder Serbien dran.





sogenannter „Lukaschenko-10er" der durch Aufrunden oft unter den Tisch fällt ... und warscheinlich direkt in Lukaschenkos Tasche wandert

Im Rahmen der allgemeinen Beschränkungen bleibt für die Entwicklung und Realisierung linker Perspektiven wenig Platz, gänzlich unmöglich ist es aber nicht – das zeigt etwa das internationale FrauenLesben-Camp, welches letztes Jahr von der Polizei unbehelligt in einem Wald in der Nähe von Minsk stattfinden konnte. Rudimentäre Antifa-Strukturen sind ebenfalls vorhanden. Ansonsten verlegt man sich hauptsächlich auf subkulturelle Aktivitäten in Form von Konzerten und Parties. Auch hier gibt es beträchtliche Hürden, die man aber mitunter einfach umgehen kann. Denn eigentlich muß jede ausländische Band erst einmal von einer Kulturkommission geprüft werden, damit sie in Belarus auftreten kann. Da es so etwas wie linke Freiräume in Belarus nicht gibt, sind Konzertorganisatoren auf Kooperation mit Clubbesitzern angewiesen – und falls etwas schief geht, kann im Nachhinein immer noch einiges bar, sprich durch Korruption, geregelt werden.

Wenn Natascha, 25, aus Grodno sagt, dass Belarus zwar ein herrliches Land für Kinder und alte Leute sei, man als junger Mensch hier aber absolut nicht leben könne, kann man das gut nachvollziehen. Die meisten Sachen, die für westeuropäische Jugendliche selbstverständlich sind, müssen in Belarus auf Schleichwegen erreicht werden – oder sind gar nicht machbar. Nichtsdestotrotz gibt es auch hier Nischen, und die Beharrlichkeit, mit der sie gesucht und gefunden werden, ist beachtenswert.

Wenn man bei der Fahrplanauskunft der Bahn „Brest" eingibt, landet man unweigerlich in der Bretagne. Für die Großstadt an der polnisch-weißrussischen Grenze ist „Brest Central" notwendig, und das beschreibt auch die Lage, in der sich Belarus befindet: vom „Westen" irgendwo ganz am Rande verortet, aber in Wirklichkeit doch ganz zentral und in der Mitte Europas. Und in eben diesem Lande, in dem übrigens die BewohnerInnen mit den gleichen Problemen der Marktwirtschaft zu kämpfen haben wie im Rest Ost- ,Mittel- und Westeuropas und der ganzen Welt, und die sich außerdem derzeit mit einem äußerst autoritären Regime herumschlagen müssen - worin (sieher auch nebenstehender Artikel) sich allerdings auch viele BelarussInnen eingerichtet haben. Wer sich weiter informieren will über dieses hochinteressante Land, seine Politik und Gesellschaft, für diejenige oder denjenigen haben wir noch einige Tips zum Weiterlesen:

www.belarusnews.de
Nachrichten aus Belarus, gesammelte Presseartikel, im weitesten Sinne politisch neutral

www.president.gov.by
offizielle Verlautbarungen des Präsidentenpalastes

www.charter97.org
Portal der Opposition

www.navinki.net
Linke Satirezeitschrift, zwischenzeitlich verboten, wieder zugelassen, nur will keine Druckerei sie jetzt mehr drucken

EuRoMania

Rumänien vor der Aufnahme in die EU - von GALUSCA

2007 werden die Rumänen zu EU-Bürgern - Dieser Artikel will genauso ernst genommen werden, wie die Aufnahme Rumäniens in die EU -

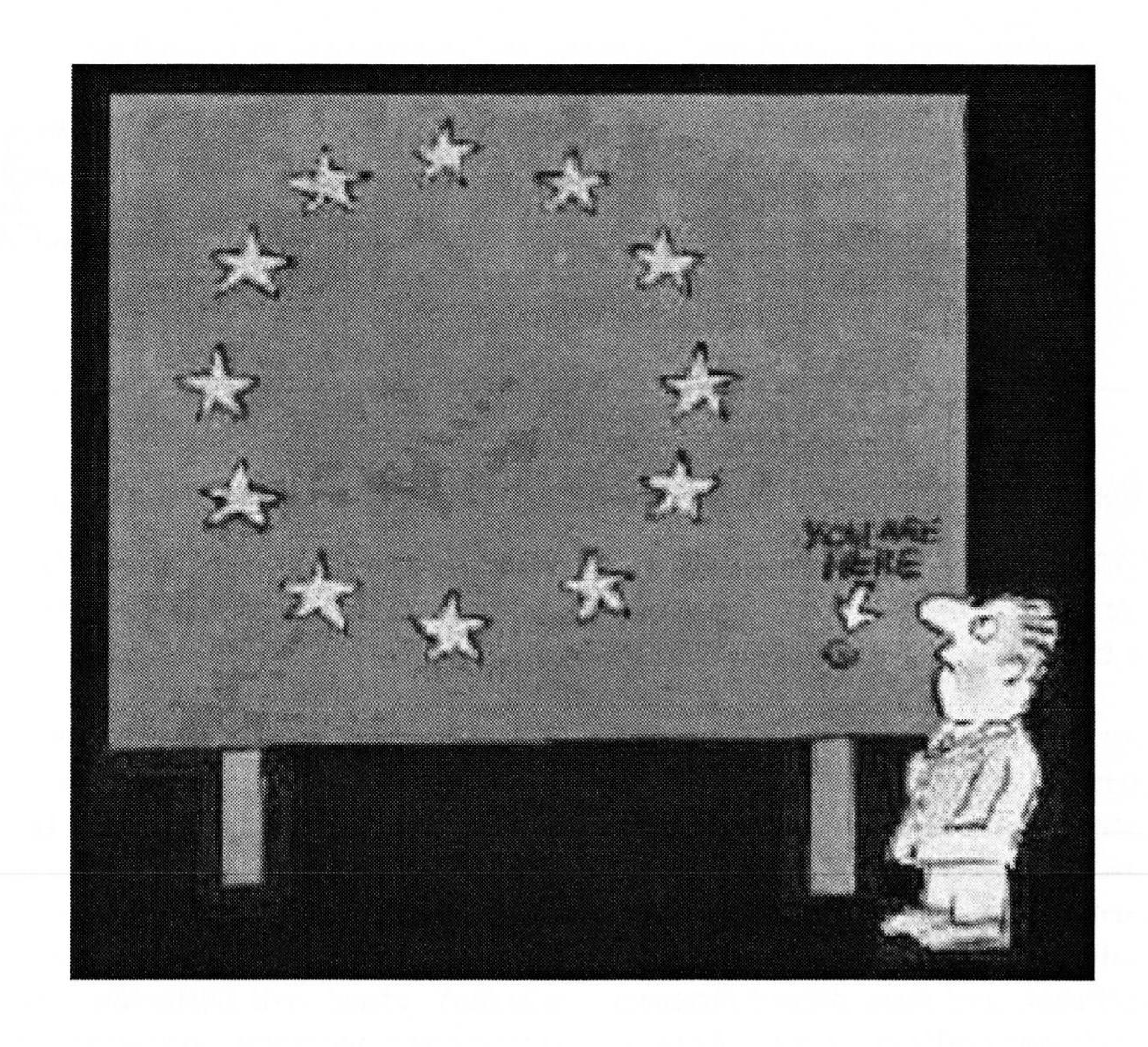
Gemäß den letzten Umfragen geben 85 % der befragten Rumänen an, fest davon überzeugt zu sein, dass Rumänien sich zu recht im Aufnahmeprozess in die EU befindet, und dass dieser Prozess schlussendlich von Erfolg gekrönt sein wird.
Nachdem sowohl Rumänien als auch Bulgarien die vieldiskutierten Bedingungen für ihren Beitritt weitestgehend erfüllt haben, beschloss das EU-Parlament am 13. April 2005, dass beide Länder Mitglieder der EU werden können.
Nur einem kleinen Teil der in Rumänien lebenden Staatsbürger erscheint die ganze Angelegenheit ein wenig lustig. Das Land befindet sich praktisch an der Schwelle zwischen Armut und prekärer Existenz, und die meisten von denen, über deren Zukunft mit dem EU-Beitritt entschieden wird, beteuern stets ihre kolossale Unzufriedenheit. Zudem wird die Information über den Beitritt meist in aufgeblähten und auf hohem Niveau abgehaltenen Diskursen transportiert, sodass sie in der Zivilgesellschaft nicht wirklich ankommt und sich meist völliger Ignoranz gegenüber sieht. Sollte doch einmal etwas zu den „einfachen Leuten" durchdringen, dann meist auf einem unverständlichen Level, sodass nur Verwirrungen und einander widersprechende Deutungen entstehen, der tatsächliche Sachverhalt aber im Dunkeln bleibt.
Sobald Argumente gegen den Beitritt öffentlich ausgesprochen werden, muss mit Diffamierung gerechnet werden, besonders wenn die Argumente von einer NGO oder einer anderweitig in der Öffentlichkeit präsenten Gruppe kommen. Mehr als 15 Jahre nach den Vorkommnissen im Dezember 1989 sucht Rumänien noch immer seinen Platz in der politischen Landschaft, und der Zufall sorgte dafür, dass es sich geographisch gesehen genau auf dem europäischen Kontinent befindet. Denn dieses ist fast das einzige Beitrittskriterium, dem das Land entspricht. Ökonomische und politische Tatsachen zeigen ganz klar, dass Rumänien nicht darauf vorbereitet ist, Mitglied zu werden. Das am häufigsten genannte Gegenargument ist die institutionalisierte Korruption, die schon seit den Zeiten der Diktatur Ceausescus existiert. Die Anpassung an den rumänischen Clan-Kapitalismus, wo sich jeder auf einfachste Weise von den Konsequenzen seiner Gesetzesverstöße freikaufen kann, fiel nicht weiter schwer, aber das soll nicht heißen, dass in den Ländern, die bereits Mitglieder sind, Korruption nicht existiert. Vielleicht besteht der einzige Unterschied darin, dass in Rumänien Korruption zu einem sehr großen Teil toleriert wird, angefangen mit Politikern bis hin zu normalen Bürgern. Es lässt sich lediglich feststellen, dass Korruption eine gute Alternative darstellt, wenn es um die Lösung persönlicher Probleme geht, und sie verspricht in der Regel schnelle Abhilfe bei bürokratischen Problemen. Allerdings benachteiligt sie ärmere Menschen offensichtlich.

Ökonomische und politische Tatsachen zeigen ganz klar, dass Rumänien nicht darauf vorbereitet ist, Mitglied zu werden

Diejenigen, die darauf beharren, dass der EU-Beitritt Rumäniens nicht per se eine gute Sache sei, sind im Allgemeinen Parteien und Organisationen mit faschistisch-nationalem Charakter; sie besitzen aufgrund vorangegangener Enttäuschungen durch diverse gescheiterte Regierungen nicht wenig Sympathien in der Bevölkerung. Die Rechtsextremen fürchten den Verlust der rumänischen Identität und Werte, und die Bauern befürchten, die EU könne ihnen verbieten, jedes Jahr zu Weihnachten gemäß der Tradition ein Schwein zu opfern, oder den Anbau und die Produktion ihres eigenen Weins

DRANG NACH WESTEN

untersagen. Auf dem Lande ist der Zugang zu Informationen, die den EU-Beitritt betreffen, extrem schwer, vor allem in den Dörfern, wo es derzeit keine Elektrizität gibt, und deshalb natürlich weder Radio noch Fernsehen. Auch Presseerzeugnisse finden selten ihren Weg in abgelegene Gegenden. Ein weiterer Aspekt ist das Fehlen von Bildung auf dem Land, zwar besteht Schulpflicht bis zur neunten Klasse, doch der unterrichtete Stoff ist keineswegs mit dem vergleichbar, was in Westeuropa gelehrt wird. Die weit verbreitete Armut, das ohnehin schwierige Leben und die Sorge um die drei oder vier Kinder lassen einer bäuerlichen Familie kaum Zeit, sich Gedanken über Politik zu machen.



Was die erwarteten Vorteile eines Beitritts angeht, so sprechen viele Rumänen von der Erhöhung des Lebensniveaus, von einem Job im Ausland, Hilfe zur Demokratisierung, Rückgang der Armut, verbesserten Minderheitenrechten und, nicht zuletzt, Änderung des Bilds, das der Westen von Rumänien hat. Aber die Ängste überwiegen nach wie vor: man rechnet damit, dass ab 2007 zwar die Preise steigen werden, nicht aber die Einkommen, und dass letzten Endes der Preis für den Beitritt vor allem von der Bevölkerung getragen wird. Kleinunternehmer werden davon am meisten betroffen sein, doch auch große Kombinate müssen den Anpassungen an europäische Bedingungen Rechnung tragen – mit signifikant ansteigender Arbeitslosigkeit als befürchteter direkter Konsequenz.

Unter den befragten Rumänen befindet sich eine Gruppe, die den Beitritt mit etwas anderem verwechselt oder Opfer von so genannten „Eurogerüchten" geworden ist. Auf die Frage, welche negativen Folgen sie mit dem Beitritt verbinden, antworteten die Befragten unter anderem: Furcht vor der Globalisierung, Krieg gegen den Terrorismus, Rumänien wird Kolonie werden, nationale Werte werden verschwinden, Europa sei nicht explizit christlich, Verlust der Traditionen, Lebensmittel aus anderen Ländern und

das ohnehin schwierige Leben und die Sorge um die drei oder vier Kinder lassen einer bäuerlichen Familie kaum Zeit, sich Gedanken über Politik zu machen

unbekannte Krankheiten. Die Befragten erklären sich den eigenen Mangel an Informationen im Allgemeinen auf zwei Arten: die einen glauben, die EU sei ein riesiges, hochkompliziertes Gebilde, während andere glauben, jemand verstecke die Wahrheit („In der Presse gibt es nur Halbinformationen, und andere Aspekte werden einfach vergessen", „ Ich glaube weder Fernsehen noch Radio, weil sie nur sagen, was den Politikern Vorteile bringt").

Nach einer Studie des Rumänischen Meinungsforschungsinstitutes befürchten die Rumänen vor allem Verteuerungen, Schließung von Fabriken, die Transformation des Landes in einen für andere Länder offenen Markt, sowie Steuererhöhungen und vermehrte Meinungsumfragen. In positiver Hinsicht erwarten sie ausländische Investitionen, die Entwicklung der Landwirtschaft und die Eindämmung der Korruption.

Nun, es scheint, die Operation war erfolgreich, aber leider verschied der Patient am Ende. (Dafür gibt es auch ein deutsches Sprichwort, oder?)

Geschichte wird gemacht

Die Instrumentalisierung des 60. Jahrestages des Sieges - von MXXL

In den verschiedenen Staaten Osteuropas wird das Kriegsende vor 60 Jahren am 8./9. Mai[1] höchst unterschiedlich rezipiert. Die staatsoffizielle Einschätzung des Datums wird in fast allen Fällen den Veteranen der Befreier und den Opfern des deutschen Wahns kaum gerecht.

Anna Petrowna, 84, aus Aleksandrow ist sauer. Seit mehreren Stunden sitzt die ehemalige Soldatin der Roten Armee zusammen mit weiteren 1000 Veteranen in einem Reisebus auf dem Oktoberplatz in Moskau. Ihr und allen anderen aus dem Moskauer Oblast´ stammenden KameradInnen wurde mitgeteilt, daß Ihnen zu Ehren ein „Jugendfestival" zum Anlaß des 60. Jahrestages des Sieges über Deutschland stattfände. Stattdessen wartet sie seit Stunden im engen Bus darauf, daß die 60 000 aus allen Regionen Rußlands eingetroffenen Jugendlichen der kremltreuen, regierungsnahen Jugendorganisation „Naschi" ihre Demonstration beginnen, an der die VeteranInnen ebenfalls teilnehmen sollen.

„Naschi" wurde im April 2005 gegründet und versteht sich selbst als „demokratisch-antifaschistische" Jugendbewegung. Auf dem Gründungskongress in der Akademie der Wissenschaften in Moskau präsentierte man sich in einheitlichem Outfit und akklamierte das vorgelegte Programm ohne Diskussion. Den „Antifaschismus" von „Naschi" erklärt Vasili Jakemenko, Gründer und Sprecher der Organisation, so: „Unsere Feinde sind Faschisten und deren Sympathisanten, also auch Liberale und Bürokraten". Nicht, daß es in Rußland kein Problem mit militanten Nationalisten, Nationalbolschewisten und Faschisten gäbe: Allein im letzten Jahr hat es hunderte Übergriffe von solchem Klientel auf KaukasierInnen, ausländische StudentInnen, jüdische Einrichtungen und eben auch Personen, die als „Liberale" gekennzeichnet wurden, gegeben. Und genau hier trifft sich der militante russische Nationalismus jedweden Gewandes mit dem staatsoffiziellen „Antifaschismus": In der Ablehnung jeglicher Individualität und übrigens auch in der Benutzung einer antisemitischen Chiffre: Mit „Liberalen" sind – nicht nur historisch - in Russland meist Juden gemeint, wie auch die Diskussion in der russischen Öffentlichkeit um den Chodorkowski-Prozess zeigt.

Doch zurück zur Rezeption des Kriegsendes: Das offizielle Russland feiert - völlig zu recht - die Befreiung Europas vom deutschen Wahn vor 60 Jahren durch die Rote Armee. Doch leider wird dieser historisch nicht zu bestreitende Fakt von den



mehr (Belarus) oder weniger (Russland) autoritär regierenden Stellen instrumentalisiert, um einen einheitliche Identität der BewohnerInnen zu schaffen und sich der eigenen Position zu versichern. Die eigentlichen AkteurInnen der Ereignisse, also die Opfer der Deutschen und die Veteranen der Roten Armee, dienen dabei nur als Instrument.



Die Gründungskonferenz der Kremltreuen Jugendbewegung „Naschi" („Die Unsrigen")

Besonders deutlich wird dies auch in Belarus, wo seit Monaten auf Plakatwänden, im staatlichen Fernsehen und mit Publikationen einzelner Veteranen gedacht wird – dies jedoch immer im Zusammenhang mit den Insignien des derzeitigen belarussischen Staates, der unverbrüchlich mit der Person Aljaksandr Lukaschenka verbunden ist. Teilweise geht die sogar so weit, daß weißrussische PartisanInnen gemeinsam oder im kurzen Schnitt mit dem Präsidenten abgebildet werden, so daß unwillkürlich der Eindruck entsteht, daß der Lukaschenka selbst (Jahrgang 1954) an der Befreiung Europas beteiligt war. So entsteht – wie auch in Russland - der Eindruck einer direkten Verbindung der derzeit Regierenden mit dem nicht wegzudeutelndem Identifikationsmerkmal des Sieges im zweiten Weltkrieg. Gleichzeitig wird in dieser Identitätsbildung auch ein Äußeres konstruiert, das sind dann „Liberale", „Terroristen" oder eben auch Regionen, die neuerdings politisch nicht mehr genehm sind. So wird seit den Ereignissen des November 2004 in Kiew, mit staatlicher Billigung in Belarus derzeit ein gezieltes antiukrainisches Ressentiment gepflegt, was sich nicht zuletzt daraus speist, daß sich ukrainische SS-Hilfstruppen an Weißrussen vergangen hätten. Auch dies ist historischer Fakt, aber die ebenso vorhandene belarussische, kollaborierende „Unabhängigkeitsbewegung" wird völlig ausgeblendet.

Die eigentlichen AkteurInnen der Ereignisse, also die Opfer der Deutschen und die Veteranen der Roten Armee, dienen dabei nur als Instrument

Diese Diskussion um den Moment des Bürgerkrieges im eigenen Land – übrigens eine, wozu speziell geschichtsrevisionistisch interessierte, oft deutsche Kreise, am Besten keinen Kommentar abgeben sollten, wird durch die Instrumentalisierung von historischen Fakten für aktuelle Politik, massiv be- und verhindert.

Anlaß zu diesen Tendenzen bietet allerdings der staatsoffizielle Umgang mit diesen Themen in verschiedenen Nachbarländern Russland und Belarus reichlich. Nicht anwesend bei den Siegesfeierlichkeiten in Moskau waren nämlich die Staatsoberhäupter Litauens und Estlands, welche den 9.Mai „nicht als Tag der Befreiung, sondern als Tag des Sturzes von einer Diktatur in die Nächste" ansahen. Anwesend war lediglich Vaira Vike-Freiberga, Präsidentin Lettlands, selbst Tochter eines Kollaborateurs der Wehrmacht, und deshalb seit 1944 im Exil lebend. Sie war die Überbringerin dieser Botschaft, die ein großer Teil des offiziellen Baltikums heute verkündet.

Ähnlich und noch in stärkerer Form als in Deutschland wird hier die eigene Rolle im zweiten Weltkrieg geschichtsrevisionistisch umgedeutet: Wie die Deutschen in Dresden auf einmal zu Opfern werden, werden dies speziell die Letten im Baltikum nach dem zweiten Weltkrieg. Ebensolche historische Fakten wie die Aufstellung mehrerer lettischer SS-Freiwilligenregimenter, die Pogrome lettischer Kreise 1941 noch vor Eintreffen der deutschen Truppen oder die massive Mitwirkung an der Shoah[2] werden ausgeblendet. Im heutigen Lettland lassen sich Regierungsmitglieder auf Kameradschaftsfeiern ehemaliger SS-Verbände sehen, werden für ebensolche Mordbanden Sonderausstellungen im Zentrum Rigas organisiert und diese als „Befreier" dargestellt und an

unzähligen Orten Denkmäler errichtet.
In einem solchen Umfeld ist es auch nicht verwunderlich, wenn eben diese Vaira Vike-Freiberga sich nicht zu dumm ist, während der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz am 27.1.2005, Wladimir Putin eine soeben erschienene Ausgabe eines diese lettische Geschichtsauffassung vertretenden Werkes zu überreichen. Wohlgemerkt in Anwesenheit hunderter Überlebender auch der lettischen Hilfstruppen.
Ähnliche Auffassungen zeigten auch offizielle ungarische Stellen, als sie nach der Aufstellung eines Denkmalen für den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Edvard Benes in das allgemeine Protestgeheule aus deutschen Vertriebenenverbänden und CSU einstimmten, oder seit Jahren kroatische RepräsentantInnen der derzeitigen Regierungspartei HDZ , die alljährlich an einem Treffen kroatischer und Kärntner FaschistInnen in Bleiburg teilnehmen und dort Gefallenen der faschistischen Ustascha-Armee gedenken.
Entkontextualisierung von Geschichte ist kein genuin deutsches Phänomen, doch gerade die engen Kontakte auf offizieller Ebene zwischen Berlin und Riga, Zagreb oder Budapest lassen vermuten, daß zumindest die offizielle deutsche Seite nicht unbedingt geneigt ist, hier Protest einzulegen.
Wer bei diesen Tendenzen – sowohl der Instrumentalisierung der Akteure, als auch der Revision von Geschichtsbildern- unter die Räder kommt, sind die unmittelbaren Opfer und Akteure – speziell die Shoah kommt in den offiziellen Verlautbarungen so gut wie nicht vor. Und dies ist der eigentliche Skandal.

[1] Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht wurde mit Wirkung 8.5.1945 23.01 Uhr Ortszeit in Berlin-Karlshorst unterzeichnet. Da die Zeitverschiebung nach Moskau +2 Stunden beträgt, war es zu diesem Zeitpunkt bereits der 9.Mai. Deshalb wird der „Den Pobedy"(Tag des Sieges) in der ehemaligen UdSSR an diesem Datum gefeiert.
[2] Lettische und ukrainische-Wachmannschaften machten den größten Teil des Personals in den reinen Todeslagern Belzec, Sobibor und Riga-Skirotava aus

Ej Mann, wo ist meine Niere?

Die Geschichte von Ilie, einem ungarisch-rumänischen Zigeuner, der sein Glück im Westen versuchte - aus REVOLTA! #1

Eines Tages, ziemlich bedient vom kommunistischen Regime, entschied ich mich, das Land zu verlassen, egal, wohin. Ich kaufte mir Papiere, die nicht der Realität entsprachen. Denn unter dem kommunistischen Regime waren die Papiere, welche der Realität entsprachen, für den Export bestimmt. Wegen der Papiere wurde ich an der Grenze hochgenommen. Sie nahmen mich fest, schlugen mich, verurteilten mich per Schnellgericht und steckten mich ins Gefängnis.

Als ich wieder nach Hause kam, sagte mir meine Mutter, dass Revolution sei und die Demokratie auf dem Weg zu uns. Ich verstand darunter, dass ich jetzt durch andere Länder reisen könnte, und versuchte, loszumachen, aber unglücklicherweise griffen mich die verfluchten Österreicher ohne die nötigen Papiere auf. Sie schickten mich zurück und verpaßten mir ein gehöriges Einreiseverbot.

Zurück zu Hause überlegte ich mir, eine Familie aufzubauen, das heißt mit Frau und zwei Kindern. Aber die Dinge liefen immer schlechter im Lande, man könnte sogar sagen, kein Stück besser als zuvor. Sie fingen an, wie der Teufel zu privatisieren, und sie erfanden eine neue Einrichtung, die Korruption (die angeblich vorher nicht existiert hat!), und der revolutionäre Elan verabschiedete sich langsam.

Mein Schwager aus Copsa Mica[1], ein netter Junge und kerngesund, verkaufte eine seiner Nieren in der Hoffnung, dadurch ins Ausland gelangen zu können. Er schaffte es bis nach Deutschland, aber wegen eines kleinen Delikts wurde er zurückgeschickt, wo er an der ungarisch-rumänischen Grenze noch eine Niere abgeben mußte, um mit den fünf Schokoladentafeln für die Kinder einreisen zu dürfen. Er tat mir leid, weil der arme Tropf bei der Revolution, während des Kampfes für Meinungs- und Reisefreiheit, auch schon eine Niere verloren hatte.

Nachdem wir beide aus der Schnürsenkelfabrik von Nike, ROMEL, entlassen worden waren, nahmen auch wir am Marsch für die Rechte der Arbeiter teil, wo die Polizei so höflich war, uns jede Verfehlung mit dem Einsatz von unanständig phallisch geformten Gegenständen aus Kautschuk anzuzeigen. Während der Konfrontation mit der Polizei setzte sich mein Schwager für mich ein, als ich hingefallen war, und verlor danach noch eine Niere, nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Das Problem war, dass Mitica, der wunderbare Schwager, einige Monate zuvor eine seiner Nieren verkauft hatte, um ein wenig Geld bei der FNI[2] deponieren zu können – das wurde allerdings nichts.

Die Situation unserer Familie verschlechterte sich mit jedem Tag, und wir fragten uns, wie und woher wir uns Geld verschaffen sollten für Brot, Strom, Miete, Wasser, Fernseher, Sachen für die Kinder, Kondome (wir konnten uns nicht noch ein Kind erlauben). Alle freuten sich sehr mit uns, als meine Schwester einen Job als Masseuse in Italien fand. Ich weiß es auch jetzt nicht sicher, aber aus technischen Gründen war sie wohl gezwungen, in Albanien zu bleiben und dort als Prostituierte zu arbeiten.

Als ich Bescheid bekam, dass mein Einreiseverbot abgelaufen war, und da ich nunmehr keinen Grund hatte, noch im Lande zu bleiben, nahm ich einen Microbus Richtung Westen. Welches Pech, dass die Grenzer auch Bescheid bekommen hatten, dass der Fahrer mir Geld geliehen hatte (diese 500 Euro[3]), damit ich es an der Grenze vorzeigen könnte. So brachten sie mich zurück. Zum Glück konnte ich einen Kontakt für die Erdbeerernte in Spanien auftun. Da die marokkanischen Saisonarbeiter angefangen hatten, sich zu organisieren, um ihre Rechte einzufordern, beschloß der spanische Staat, ihnen eine Überraschung zu bereiten und Rumänen, Polen, Ukrainer und andere arme Würstchen zu importieren. Das ist allerdings nur ein Gerücht.

Dummerweise wurde ich wegen der schlechten Arbeitsbedingungen und der unmensch-lichen Arbeitszeiten krank. Weil ich kein Geld für die Heimreise hatte, erlebte ich die angenehme Überraschung, mit einem Flug der Gesellschaft TAROM abgeschoben zu werden.

Dort im Flugzeug sah ich Leute aus Afrika, dem Nahen Osten und aus Osteuropa. Einige wurden von Stewardessen geschlagen, andere an Sitze festgebunden, ein paar wurden unter Drogen gesetzt, damit sie besser schlafen konnten. Ich bekam nicht allzuviel zu Essen, und es gab viele Turbulenzen während des Fluges, aber die Musik war okay.

Frage: Wie viele Nieren hatte Mitica , der wunderbare Schwager?

Antwort: Zwei. Der wunderbare Schwager Mitica befaßte sich mit dem Schmuggel von Nieren, Turnschuhen, Kaffee und anderem über die Grenze zu Serbien.

[1] Eine durch Industrie stark umweltbelastete Gegend in Rumänien

[2] Fondul National de Investiti, private Anlagegesellschaft, die 2002 Bankrott ging, etwa 300000 Anleger verloren ihr Vermögen, dass sie aufgrund hoher Zinsversprechen dem FNI geliehen hatten

[3] Nicht-Schengen-Bürger müssen bei der Einreise 500 Euro vorlegen als Beweis, dass sie ihren Lebensunterhalt in Europa wenigstens für fünf Tage finanzieren können

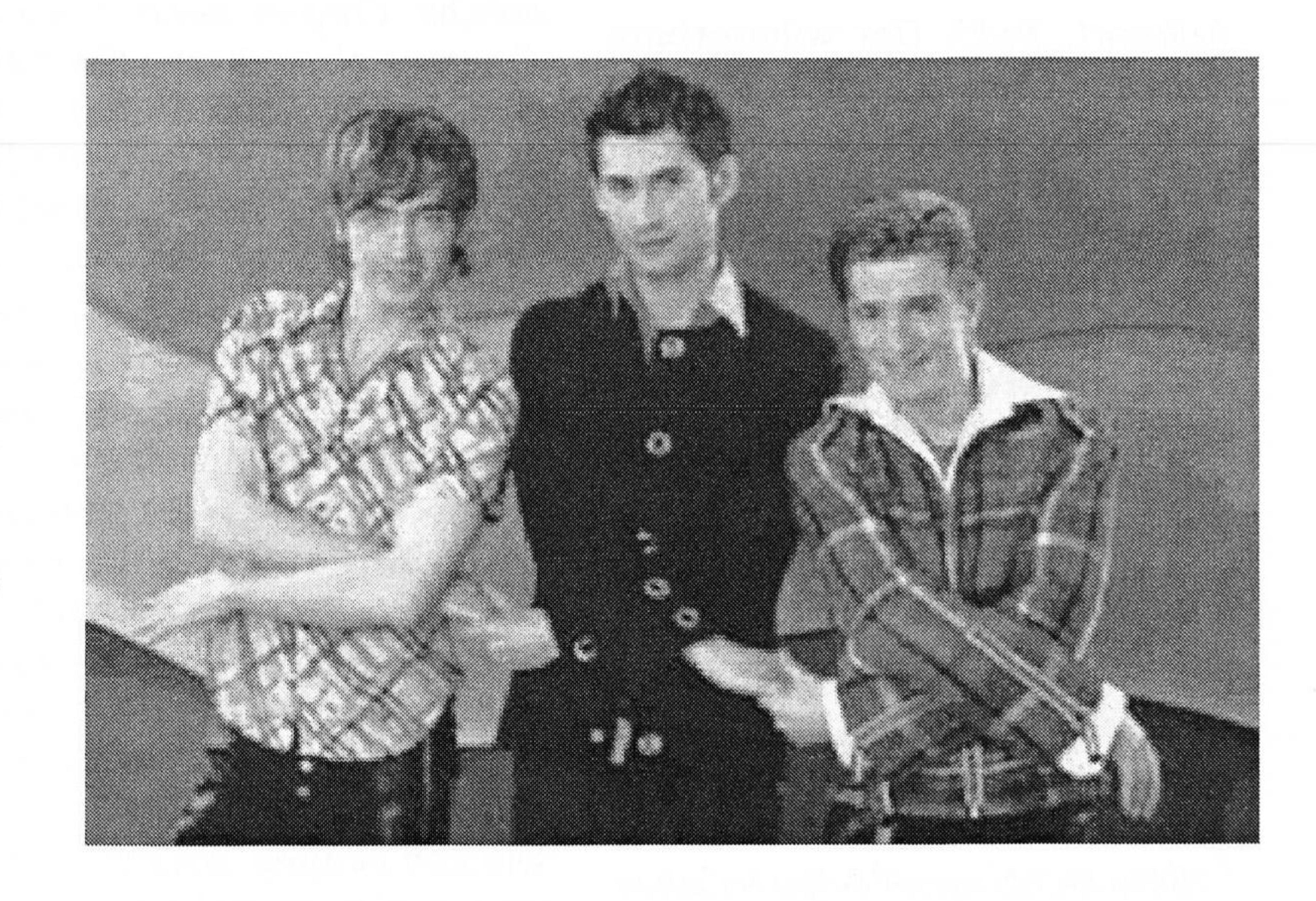
Wo ist SPAT? - von LYDIA

Eine der unangenehmsten Fragen die man als fröhlicheR ArbeitsloseR beim Autostopp in Deutschland gestellt bekommen kann, ist sicherlich die, was man denn eigentlich arbeitet bzw. woher man denn so viel Zeit hat. Um so schlimmer, wenn man sich auf dem Weg Richtung Osteuropa, beim Einsteigen in einen polnischen LKW, schon sicher wähnt vor deutschem Arbeitswahnvorstellungen und solche Fragen auch noch von einem polnischen LKW-Fahrer gestellt bekommen muß.
Als ich mich mit meinen dürftigen Polnischkenntnissen als Deutsche zu erkennen gegeben hatte, fragte er sofort, wieso ich als Deutsche kein Auto hätte. Meine kleinlaute Antwort, dass ich keine Arbeit habe, ließ er anscheinend nicht gelten und trotz meines, wie gesagt dürftigen Polnisch, konnte ich mir gut ausmalen, dass er mir gerade monologisierte, was man doch alles Schönes arbeiten könne.
Die Zeit verging, ich erholte mich von meinem Schock und wir erreichten die Deutsch/Polnische Grenze. Nach der Passkontrolle wurde er bzw. seine Fahrtenschreiberkarte natürlich einer Prüfung durch das Bundesamt für Güterverkehr unterzogen. Dabei stellte sich ziemlich schnell heraus, dass der wackere Held der Arbeit seine vorgeschriebenen Pausen nicht eingehalten hatte.
„Hier alles Fahrt ... und du hast sicher auch noch mit geladen?! ... und wo ist SPAT? (SPAC=schlafen)" deutete der deutsche Beamte ihm die Fahrtenschreiberkarte. Nachdem beide eine Weile vergeblich, in ihrer jeweiligen Muttersprache, aufeinander ein argumentiert hatten, rief der Beamte plötzlich wütend: „..ihr Polen denkt nämlich immer noch ihr könnt machen was ihr wollt! Aber ihr seid jetzt in der EU - das geht nicht mehr so weiter!"
Verwirrt zog ich meine Gepäck aus dem Fahrzeug. Hier konnte ich nicht vermitteln und wenn ich mir nicht gleich ein neues Fahrzeug suchen würde verlöre ich eh nur zu viel Zeit.
Polen ist jetzt in der EU, das heißt anscheinend wenn man früher als braveR deutscheR BeamteR immer auf die faulen Polacken geschimpft hat, muß man sie heutzutage zwingen rechtzeitig ins Bett zu gehen.

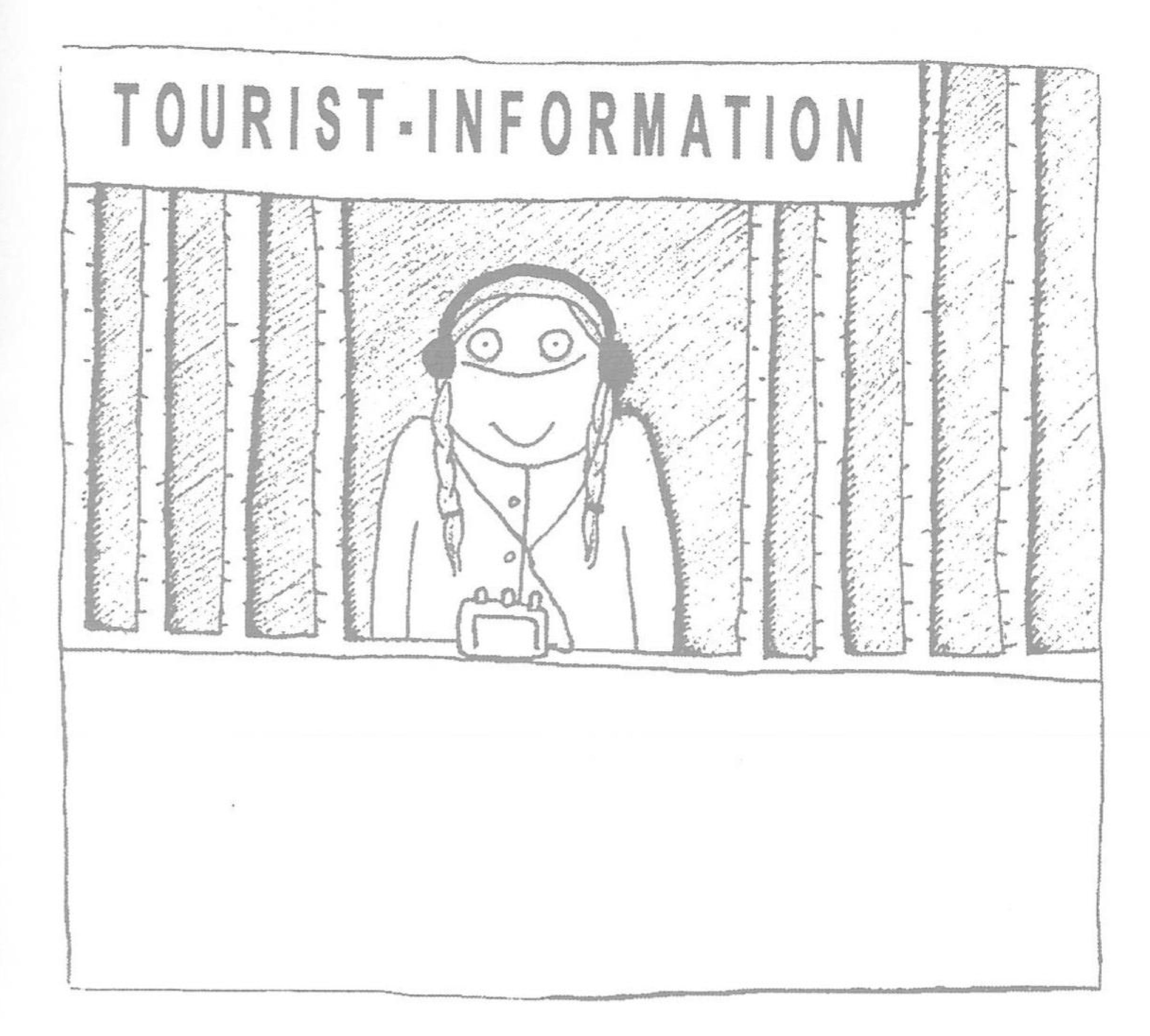


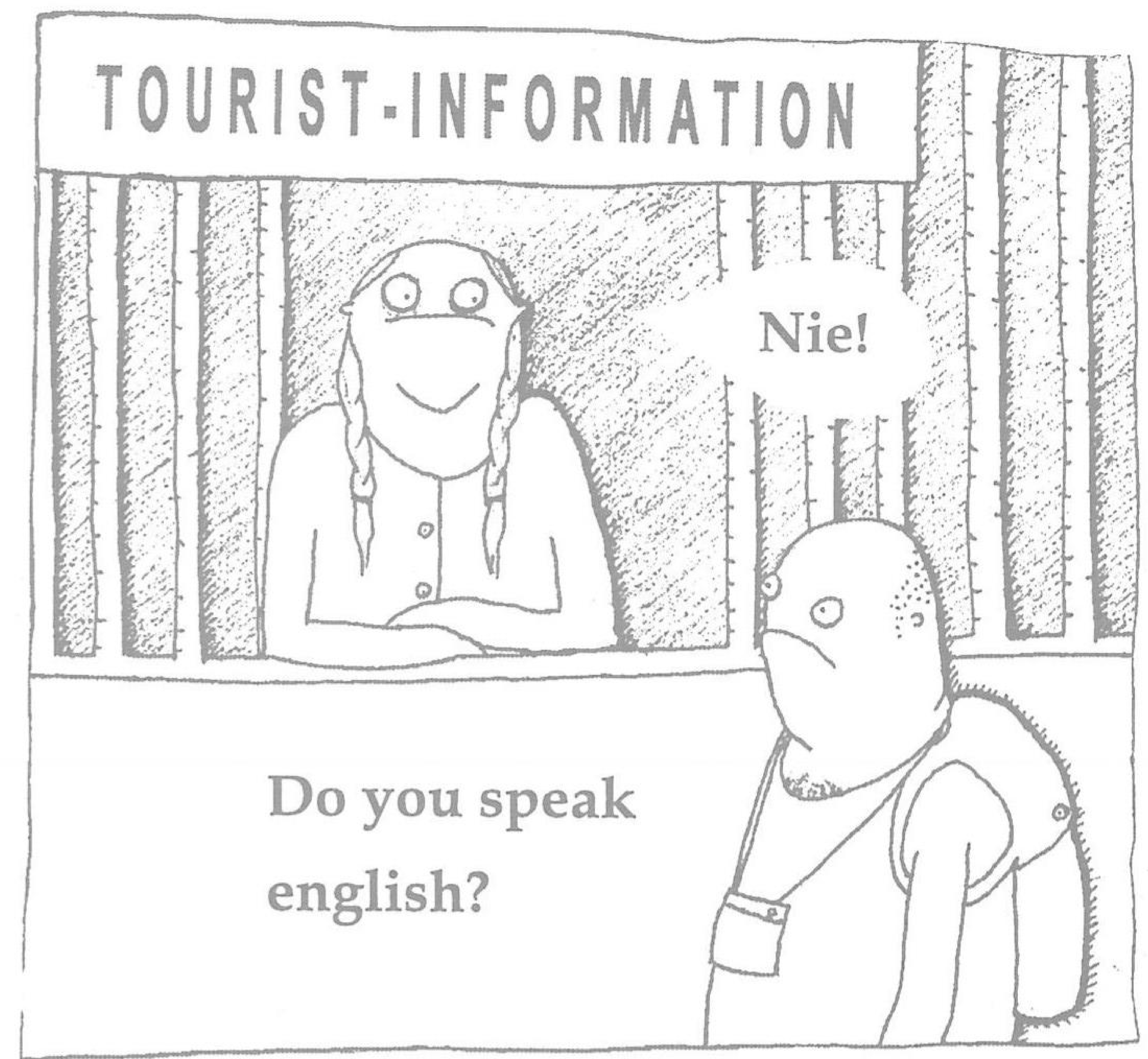
Treue und Mitleid

Wer erinnert sich nicht an *den* Ohrwurm des letzten Sommers, der mit diesem gräßlichen *Maiahaa, maiahii* begann? Falls mancher es nicht mehr so genau weiß: besagter Hit hieß *Dragostea din tei* und kam von O-Zone, ihres Zeichens nunmehr die berühmteste moldawische Boygroup.
Auch wenn O-Zone mittlerweile bei einem rumänischen Label unter Vertrag sind, vergessen Dan Balan, Radu Sârbu und Arsenie Todera° ihre moldawischen Wurzeln nicht, die ja ohnehin nicht so weit von den rumänischen entfernt liegen. So erzielte die Gruppe derartig sagenhafte Einnahmen aus ihrem Hit, daß sie damit 8 % des moldawischen Brutto-Inlands-Produkts ausmachten – wieviel davon ihren verarmten Landesgenossen zufloß, ist allerdings nicht bekannt. Und die problematische Abgrenzung von moldawischer und rumänischer Identität – gleiche Sprache bei verschiedener Nationalität - wird einfühlsam in *Nu mÎ las de limba noastrÎ* thematisiert. Die drei sympathischen Boys, alle zwischen 22 und 26 Jahre alt, sind also trotz ihres riesigen Erfolges auf dem Boden geblieben.
Sie stehen darauf, Leuten zu vertrauen, auf Treue und Mitleid (dazu haben die Jungs in ihrem Heimatland bestimmt jede Menge Anlaß, ist Moldawien doch das ärmste Land Europas). Was ihnen dagegen gar nicht gefällt, sind Betrug, Lügen und Leute mit zwei Gesichtern – und daß sie nur ein Gesicht haben und immer aufrichtig sind, nehmen wir ihnen doch ganz bestimmt ab, wenn wir die Schnuckels so sehen! Auch wenn ihre Stilsicherheit bei Videos und Outfit manchmal etwas zu wünschen übrig läßt – O-Zone sind und bleiben die derzeit heißeste Boygroup aus Osteuropa!



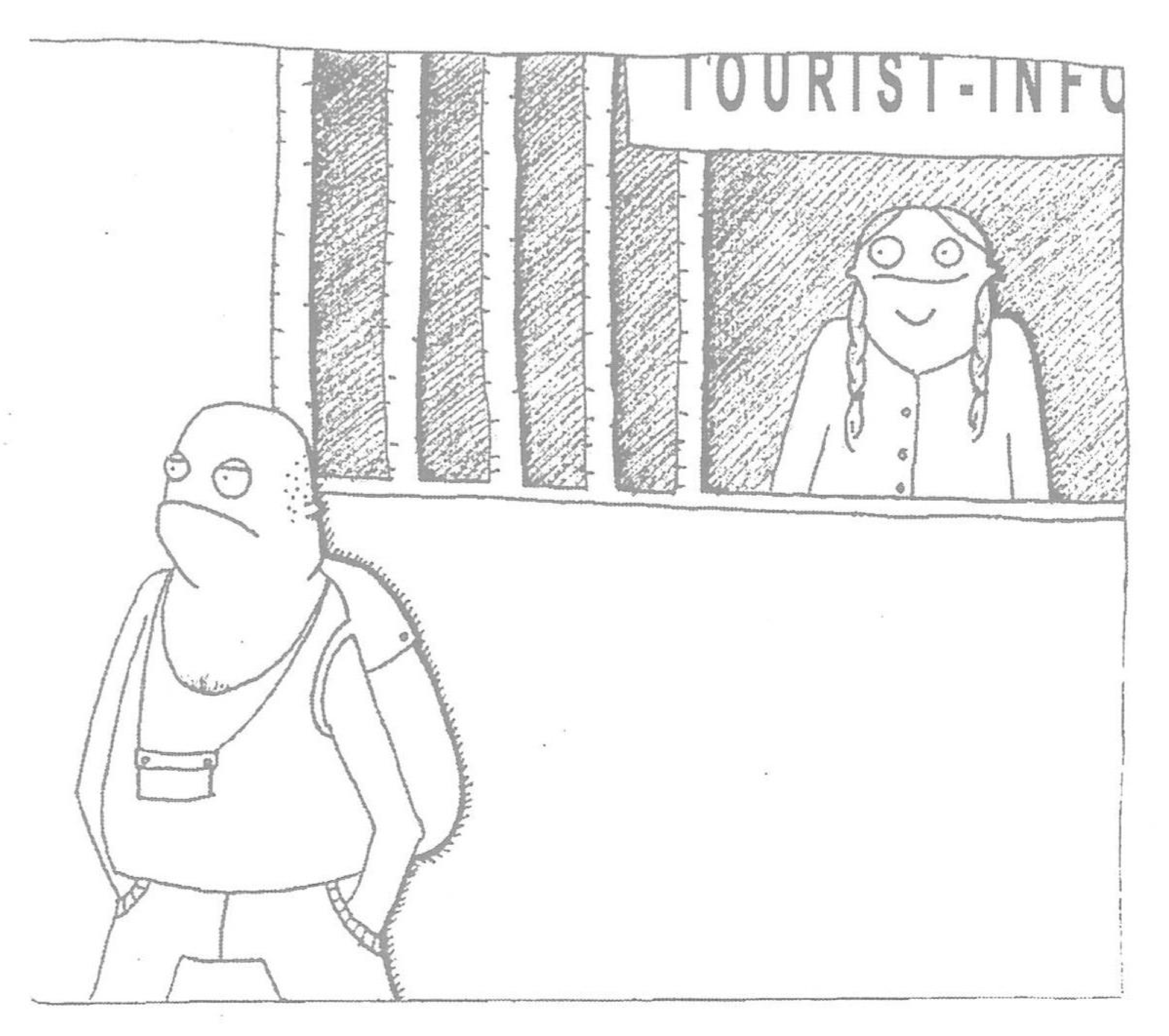
Despre tine	**Über dich**
Ma trezesc cu tine-n gând	Ich wache auf mit dir im Sinn
Despre tine vreau sa cânt	Über dich möchte ich singen
Melodia mea de dor	Meine Melodie der Sehnsucht
Care place tuturor	Die jedermann gefällt
Nu raspunzi la sms	Meine SMS beantwortest du nicht
Eu îþi scriu atât de des	Dabei schreib´ ich dir so oft
Poate m-am purtat urât	Vielleicht habe ich mich schlecht benommen
Dar sa °tii ca te-am iubit	Aber du sollst wissen, daß ich dich geliebt habe
Refr.: Ma înec în ochii tai, lal-lal-lei	Refr.: Ich ertrinke in deinen Augen, lal-lal-lei
Plânge lumea dupa ei, lal-lal-lei	Augen, denen die Welt nachweint, lal-lal-lei
E°ti un înger pe Pamânt	Du bist ein Engel auf Erden
Despre tine cânt °i zi °i noapte, lal-lal-lei	Über dich singe ich Tag und Nacht, lal-lal-lei
Daca mergi cu mine-n vis	Gehst du mit in meinen Traum
Am sa te învaþsa râzi	So bringe ich dir das Lachen bei
ªi-am sa-þi cânt pâna în zori	Und singe dir bis ins Morgengrauen
Cântecelul meu de dor	Mein kleines Lied der Sehnsucht

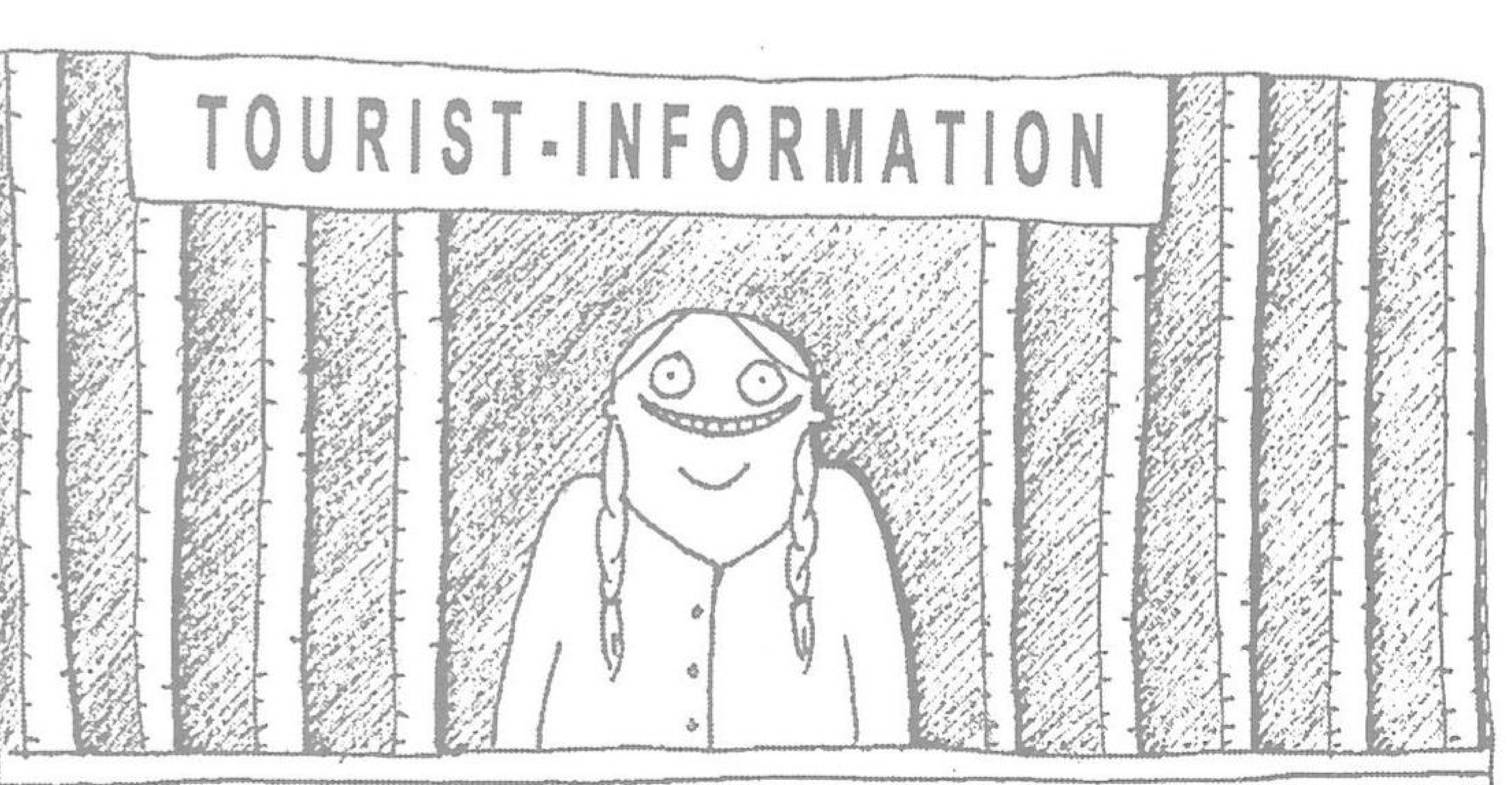

TOURIST-INFORMATION


TOURIST-INFORMATION
Do you speak
english?
Nie!


Wo kann man denn
hier mal so richtig was
losmachen?
...tanzewat... Verstehen?!


oder
...das polnische
Armeemuseum?
...


TOURIST-INFO


TOURIST-INFORMATION
Wieso sollte ich Fremdsprachen
lernen?!
Da wo solche komischen Leute
herkommen, werd ich eh nie
hinfahren...

Laik

the first dog in the sky

Wem von den Leuten im Bus
haben wir jetzt eigentlich
die 3. Stange Kippen
gegeben?!

